

Die Herausgabe von Heft 4/2004 wurde ermöglicht durch

Stadtwerke Flensburg GmbH
Wohnungsbau Flensburg GmbH
GEWOBA Wohnungsbaugenossenschaft Nord eG Schleswig
Selbsthilfe-Bauverein eG Flensburg
WOBAU Wohnungsbaugenossenschaft Eiderstedt-Dithmarschen eG in
Tönning
Flensburger Arbeiter-Bauverein eG

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020 Sparkasse NF Flusum (BLZ 217 500 00) 13 862 Postbank: Plamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

I N H A L T

Seite

Johannes Jensen

Standards für die Erforschung nordfriesischer Regionalgeschichte.
Anmerkungen zum Husumer Jubiläumsbuch 148

Hans-Christian Pust

Die Düppel-Gedächtnisausstellung 1914
in Sonderburg 164

Heinz-Werner Arens Ge-
schichte als Auftrag.

Ansprache zum 60-jährigen Gedenken an die Opfer
des Konzentrationslagers Ladelund 180

Rolf Fischer/Renate Schnack Neue An-
sätze sozialdemokratischer

Minderheitenpolitik 183

Harry Kunz

„Nordfriesische Identität außerhalb der
Sprachenidentität?“ 4. Dialog Grenzfriedensbund 188

Umschau ab Seite 193

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Ulrich von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 ■ 25813 Husum
Jörn-Peter Lepien, Libellenring 15 ■ 24955 Harrislee
Dionys Schartl, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg
Stefan Liebman, Liebling Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev
Hinterlassenschaftsbesitzer: Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg

Verantwortung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 ■ 24955 Harrislee
Telefon 0461 / 700 29 99 ■ Telefax 0461 / 70029 98 ■ E-mail: mittelstaedt-design@web.de
Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 ■ 24941 Flensburg

Standards für die Erforschung nordfriesischer Regionalgeschichte

Anmerkungen zum Husumer Jubiläumsbuch

von JOHANNESJENSEN

Der aus Kollund, Kirchspiel Viöl, im Kreis Nordfriesland stammende Historiker und Germanist Dr. Johannes Jensen war bis zu seiner Pensionierung 1991 Leiter der deutschen Sankt-Petri-Schule in Kopenhagen und lebt jetzt im Kreis Plön. Seine Kieler Dissertation von 1961 „Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1797-1864)“ hat Maßstäbe gesetzt. In vielen Veröffentlichungen, auch in den Grenzfriedensheften, hat sich Johannes Jensen seitdem als ein akribischer Wissenschaftler und als oft unbequemer Beobachter der regionalen Geschichtsschreibung bewiesen. Davon zeugt auch der vorliegende Beitrag.

Die Redaktion

Die „Gesellschaft für Husumer Stadtgeschichte“ hat zur 400-Jahr-Feier der Stadtrechtsverleihung an Husum im Jahre 1603 eine „Geschichte Husums - Von den Anfängen bis zur Gegenwart“ herausgegeben, ein Jahrhundert-Buch also.¹ Auf der Rückseite des Schutzumschlags wird „in elf detaillierten Porträts“ ein „umfassendes und profundes Bild von mehr als 700 Jahren Husumer Geschichte“ versprochen, das „Standards für die Erforschung nordfriesischer Regionalgeschichte“ gesetzt habe. Das ist ein hoher Anspruch!

Nun wird man von einem Jubiläumsbuch auf den ca. 230 Seiten, die für den eigentlich geschichtlichen Bereich bis 1945 zur Verfügung stehen, nicht in jeder Beziehung das versprochene „umfassende und profunde“ Bild Husumer Geschichte erwarten können. Fast alle Autoren der acht in Frage kommenden historischen Kapitel haben ihre Darstellung in kritischer Auswertung der archäologischen Funde, der Geschichtsquellen sowie früherer Darstellungen und Untersuchungen erarbeitet und sie mit den überregionalen Zusammenhängen in Beziehung gebracht. Dabei entstehen gut lesbare und durch den reichlichen Gebrauch von Quellen und Illustrationen verlässliche und auch anschauliche Studien zur Stadtgeschichte auf dem neuesten Stand der Forschung. Diese Kapitel sind sicher gute Beispiele für die Erforschung nordfriesischer Regionalgeschichte, wie sie auch schon in vielen Übersichtswerken und Einzeluntersuchungen aus dem „Nordfriisk institut“ in Bredstedt vorliegen. Drei seiner Mitarbeiter (Thomas Steensen, Fieta Pingel, der auch die Grundkonzeption des Wer-

kes entwickelt hat, und der Mitredakteur des Nordfriesischen Jahrbuches Albert Panten) gehören mit fünf der elf Kapitel auch zu den Autoren der Geschichte Husums.

Der Verfasser möchte jedoch einige kritische Anmerkungen machen. Sie sind grundsätzlicher Art und von überregionaler Bedeutung. Sie betreffen die Frage, welche Standards der Wissenschaftlichkeit an Regionalforschung angelegt werden sollten, und wie am Anfang des 21. Jahrhunderts eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Husums in der Zeit der nationalen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts aussehen müsste.

I

Die erste Anmerkung betrifft die redaktionelle Behandlung des ersten Kapitels von Hans Joachim Kühn „Zur Vor- und Frühgeschichte des Husumer Raumes“. Der Archäologe Kühn hatte vorsichtig und wissenschaftlich korrekt argumentiert, als er die These von Detlev Ellmers diskutierte, dass ein im Husumer Hafengebiet gefundenes und als Rengeweih gedeutetes Gerät mit Ritzverzierung der Spantrest eines Fellbootes von Rentierjägern vor etwa 12.000-11.000 Jahren sein könnte. Er hielt sie unter Umständen für zutreffend, schränkte seine Aussage jedoch sehr präzise ein. Die Quellengrundlage sei für eine so weitgehende Schlussfolgerung eigentlich zu schwach, außerdem deute die Ritzverzierung eherauf die Ertebolle/ Ellerbek-Kultur (5.000-4.000 vor Chr.). Um sicher zu sein, müsse man das zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Textes noch nicht vorliegende Ergebnis der schon laufenden Bestimmung des Radiokarbonalters des Fundstückes abwarten. Hätte Ellmers' Deutung des Rentiergeweihfundes zugefallen, dann wäre es eine archäologische Sensation gewesen. Sie hätte nämlich das heutige Husumer Hafengebiet „als Fundort des ältesten aus ganz Europa bekannten Wrackteiles“ ausgewiesen. Welch ein Geschenk für die Herausgeber eines Jubiläumsbuches! Der frühzeitig abgegebene Text dieses Kapitels war gesetzt und umgebrochen und auf der ersten Textseite des ganzen Buches (S. 7) mit der stolzen Überschrift „Das älteste Wrackteil Europas?“ versehen. Lange genug vor der endgültigen Fertigstellung des Buches lag das enttäuschende Ergebnis vor: Das Fundstück habe ein Probenalter von 4042 vor Chr. Das ist die Zeit der Ertebolle/Ellerbek-Kultur. Es könne also kein Spantrest eines Fellbootes von Rentierjägern und auch kein Geweih von einem Rentier sein, denn diese verschwanden schon vor 11.000 Jahren aus unserem Raum. Anstatt nun den Text dem Stand der Wissenschaft anzupassen, räumte man nur die letzte Spalte am Ende des Kapitels (S. 19) und stellte in einem „Nachtrag“ die wahre Sachlage dar. So ziert nun immer noch die dicke Zwischenüberschrift „Das älteste Wrackteil Europas?“ die erste Textseite dieses Jahrhundert-

Buches, obwohl sie bereits bei seinem Erscheinen nicht mehr gültig war! Zeit genug für eine Änderung des Textes wäre gewesen und die drucktechnische Möglichkeit auch. Das Buch kam erst im Dezember des schon im Sommer gefeierten Jubiläumjahres heraus. War der Redaktion diese schöne Überschrift wichtiger als der Standard der Wissenschaftlichkeit in der regionalgeschichtlichen Forschung?²

II

Die zweite Anmerkung betrifft das Kapitel „Abkehr vom Gesamtstaat - Erhebung gegen Dänemark (1813-1864)“ von Christian M. Sörensen. Sörensen hat auch das Kapitel „Husum - eine politisierte Provinzstadt (1914-1949)“ geschrieben und mit Holger Borzikowsky zusammen die Schilderung Husums „An der Schwelle zum dritten Jahrtausend: Husum 1970-2003“ verfasst. Damit ist er Verfasser oder Mitverfasser von fast 40 Prozent der Textseiten des Buches. Das ist ein großer Brocken! Da mag dann nicht genug Zeit und Kraft übrig gewesen sein, um sich auch in die Materie des genannten Kapitels gründlich und sicher genug einzuarbeiten. Das vorliegende Ergebnis macht es nötig, darauf hinzuweisen, dass der historisch Interessierte hier in vielerlei Hinsicht nicht die versprochene „moderne“, „umfassende“ und „profunde“ Geschichte Husums in der Zeit der nationalen Auseinandersetzungen um das Herzogtum Schleswig zu lesen bekommt.

Sörensen macht es sich gleich am Anfang durch mehrere falsche Ansätze unnötig schwer. Schon die Kapitelüberschrift „Abkehr vom Gesamtstaat - Erhebung gegen Dänemark“ ist problematisch. Sie geht von dem Ergebnis von 1864 aus und charakterisiert als Erhebung gegen ein ganzes Land, was in der Wirklichkeit von 1848 zunächst eine Widerstandshandlung gegen die im Bewusstsein der deutschen Schleswig-Holsteiner falsche Politik der neuen revolutionären Regierung in Kopenhagen war, die unter dem Einfluss der dänischen Nationalliberalen das ganze Herzogtum Schleswig von Holstein zu trennen und in einen dänischen Nationalstaat zu inkorporieren drohte.

Bei einer solchen Geschichtsbetrachtung, die einen Zeitraum von 51 Jahren gewissermaßen durch den Rückspiegel nur vom Standpunkt des Ergebnisses von 1864 her betrachtet, besteht die Gefahr, dass man nur das wahrnimmt, was zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Um im Bild zu bleiben: Im Rückspiegel erblickt man nur das, was vom gegenwärtigen Standpunkt aus, als auf dem „optisch“ immer ferner rückenden und immer enger werdenden zurückgelegten Wege liegend, noch zu sehen ist. Dabei wird nicht mehr erkannt, dass dieser Gang der Geschichte nicht schon seit 1813 vorgezeichnet war, sondern sich erst allmählich durch Aktion und Reaktion der damals Handelnden auf deutsch-

schleswig-holsteinischer und auf dänischer Seite ergeben hat. Neben das vor-nationale gesamtstaatliche Denken, dem es im besten Fall um gute Regierung für alle Landesteile ging, trat erst langsam das nationalstaatliche Denken, in dem nationalromantischgefühlbetont Sprache und Volkstum das Wichtigste war. In dem hier behandelten Zeitraum gab es noch viele Nuancen und Ungleichzeitigkeiten in den Auffassungen und auch alternative Entscheidungsmöglichkeiten, die bei dieser Geschichtsschreibung als „rückwärtsgewandte Prophe- tie“ verloren gehen. Sie gehören aber mit dazu, wenn Geschichte im Sinne Leopold von Ranke darstellen soll, wie es „eigentlich gewesen“ ist, mit der Betonung auf eigentlich.

Statt wie die anderen Autoren mit dem Lokalen zu beginnen und aus den Husu- mer Quellen ein Bild von diesem Abschnitt in der Geschichte der Stadt zu entwi- ckeln, das dann in den großen Zusammenhang eingeordnet werden konnte, ver- sucht Sörensen, in einem einleitenden Abschnitt die allgemeine Lage Husums im dänischen Gesamtstaat zu beschreiben. Dafür reichen seine Geschichts- kenntnisse aber nicht aus. Es entstehen Unschärfen und Fehler, sobald Aussa- gen über die Rahmenbedingungen für Schleswig-Holstein im Gesamtstaat ge- macht werden, die dann einfach auf Husum zurückbezogen werden. So wendet Sörensen viel zu früh den nationalistischen Begriff der „dänischen Kulturoffensi- ve“ an. Die seit 1807 und nach 1814 in dem nach dem Verlust Norwegens nur noch dänisch-schleswig-holstein-lauenburgischen zweisprachigen und bikultu- rellen Staatsgebilde angestellten Überlegungen über das richtige Gewicht der Sprachen waren Bestandteil der Bemühungen, einen gemeinsamen Gesamt- staatspatriotismus zu schaffen. Sie waren noch kein Angriff auf die deutsche Sprache in den deutschsprachigen Gebieten, wie Sörensen behauptet (S. 127). Die Kirchen- und Schulsprache war im ländlichen Nordschleswig dänisch, in den Städten deutsch und dänisch und nicht deutsch, wie Sörensen schreibt. Nur die Sprache in Verwaltung und Justiz war in ganz Nordschleswig deutsch. Daran, dass die dänische Sprache als Kommandosprache im dänischen Heer einge- führt wurde, kann eigentlich nur verwundern, dass dies erst so spät geschah. Und dass die Studenten in Kiel, wenn sie in den Staatsdienst eingestellt werden wollten, auch Dänisch lernen mussten, sollte in einem zweisprachigen Staat, der sich als solcher ernst nahm, nur normal sein. Es ist also unberechtigt, schon aus diesen frühen Neuregelungen eine „dänische Kulturoffensive“ zu machen und dann daraus die Aussage abzuleiten: „All diese Maßnahmen beunruhigten die deutsche Bevölkerung Husums ...“ und von einem „dänischen Druck“ zu spre- chen (S. 127), ohne Husumer Quellen dafür vorzulegen.

Eine wichtige Quelle für die auch im Verhältnis zu den Nachbarstädten differen- zierte Haltung der Husumer aus dieser frühen Zeit wäre der Text der Husumer

Petition im Rahmen der sogenannten Dahlmanschen Petitionsbewegung von 1816/17 gewesen. Hierbei ging es um die ständische Verfassung, zu deren Einführung für Holstein der dänische König als Herzog von Holstein wie alle deutschen Fürsten nach Art. 13 der Bundesakte von 1815 verpflichtet war. Das musste negative wirtschaftliche und politische Konsequenzen für das Herzogtum Schleswig, für seine enge Verbindung mit Holstein und für sein Verhältnis zu Dänemark haben, wenn es nicht gleichzeitig auch eine solche ständische Verfassung bekam. Die Verwaltungskollegien der großen schleswigschen Städte und einiger Landschaften machten den König in Petitionen auf diese Problematik aufmerksam. Aber während die Städte Schleswig und Apenrade schon eine im Sinne der späteren schleswig-holsteinischen Partei mit Holstein gemeinsame Verfassung forderten, wünschte man in Husum lediglich, dass „bei einer Verfassungsmodifikation für das Herzogtum Holstein auch das Interesse des Herzogtums Schleswig berücksichtigt werden möge“. Es wurde in erster Linie wirtschaftspolitisch argumentiert. Eine durch Verfassung garantierte Mitwirkung in finanziellen Angelegenheiten sei „in allen uns zunächst liegenden Staaten zu einer so fixen Idee für das Gesamtwohl (im Konzept gestrichen „des deutschen Gesamtwohls“) und den allgemeinen und speziellen Kredit“ geworden, dass „eine allein für Holstein in dieser Rücksicht beruhigende Verfassung unausbleiblich den Ruin des schleswigschen Kredits zur Folge haben müsste“. Die Husumer beteuerten ausdrücklich, dass der Fortbestand des bisherigen sozialen Verhältnisses beider Provinzen „unseres Wissens noch nie deutsche Einmischung in die schleswigschen Verhältnisse zur Folge gehabt habe“.³ Also noch keine Forderung nach einer mit Holstein gemeinsamen Verfassung! Kein Hinweis auf die schleswig-holsteinischen Landesrechte, und der noch im Konzept enthaltene Hinweis auf eine Interessengemeinschaft mit dem übrigen Deutschen Bund wurde gestrichen. Es ging lediglich um zweckmäßige Regelungen innerhalb des Gesamtstaates und noch nicht um deutsche Nationalität. Solange die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in Husum von 1813-1848 beschrieben wird, trifft Sörensen den Stil der anderen Kapitel des Jubiläumsbuches. Die Zwischenüberschrift „Die Erhebung der Schleswig-Holsteiner 1848 und der Einsatz der Husumer“ erinnert jedoch wieder an die schon beschriebene „Geschichte im Rückspiegel“: Die Erhebung war das Ziel der Geschichte, und nun kam es nur noch darauf an, den „Einsatz“ der Husumer zu beschreiben. Mit einer kursiv gesetzten „Vorbemerkung“ zu diesem Abschnitt setzt er sich erneut hohe Ziele aktueller Art, wie sie nicht zum Stil eines Jubiläumsbuches passen. Er will an Hand der Entwicklung in Husum vor und während der Erhebung 1848 „die deutsch-dänischen Grenzkämpfe des 20. Jahrhunderts und gelegentliche Nachwirkungen um die Wende zum 21.“ verständlich machen.

Dazu sollen „die Vorgänge in Husum, dessen Einwohnerschaft die Erhebung entschlossen unterstützte“, ausführlicher dargestellt werden „in der Hoffnung, daraus weiteren Nutzen für die europäische Einigung zu gewinnen“. Darauf folgt in dieser Vorbemerkung noch eine in diesem Rahmen ganz gewiss überflüssige Polemik gegen die vermutlich redaktionelle Überschrift „Revolution der Beamten, Advokaten und Pastoren“ übereinen in seinem Inhalt seriösen und sachlichen Artikel vom September 1998 zum 150-jährigen Jubiläum des Schleswig-Holsteinischen Staatsgrundgesetzes vom 15. September 1848. Der Autor, Hans-Wilhelm Schwarz, hatte in seinem Text lediglich eine Übersicht über die Berufe der gewählten Abgeordneten der Verfassungsgebenden Landesversammlung gemacht. Aber für Sörensen ist sie wichtig, denn er will sie benutzen, um die Frage stellen zu können, „ob nicht doch breitere Kreise daran beteiligt waren“, d.h., es soll nachgewiesen werden, dass die Husumer „Einwohnerschaft die Erhebung entschlossen unterstützte“. (S. 134). In seinen Abschlussbemerkungen zur Erhebung von 1848 kann er dann wie gewünscht feststellen: „Auch in Husum (wie gleichzeitig in Schleswig-Holstein und in Deutschland) war die Erhebung eine Volksbewegung, die gleichermaßen die Jugend erfasste.“ Das ist die reine Spiegelfechterei und wissenschaftlich unseriös. Wie präzise ist eigentlich der pauschale Begriff „Volksbewegung“, und wie gesichert ist die Aussage, dass sie „gleichermaßen“ die Jugend erfasste, wenn dafür in Sörensens Text gar keine Belege Vorkommen? Es wird im Folgenden noch gezeigt werden, wie viel differenzierter das Bild wird, wenn man genauer hinsieht, was in Husum eigentlich geschah.

Bei der Hinführung zu den eigentlichen Ereignissen in Husum treten wieder Unsicherheiten und Fehler auf. Die Verfassungsschrift Uwe Jens Lornsens von 1830 wird erwähnt, aber erst danach wird „obendrein“ auf die Julirevolution in Paris hingewiesen. Gerade sie mit ihrem Anstoß für die verstärkten Verfassungsforderungen in Europa war es aber gewesen, die Lornsen zu seiner Schrift im November 1830 veranlasst hatte. Auf dem „Volksfest der Nordfriesen“ am 10. Juni 1844 (S. 135) sollen die Nordfriesen „in vielen hochdeutschen, plattdeutschen und friesischen Reden zum Anschluss an die schleswig-holsteinisch-deutschen Bestrebungen mobilisiert“ worden sein. In Wirklichkeit wurden viele hochdeutsche, aber nur eine plattdeutsche und außer einem Trinkspruch auf Amrumer Friesisch keine friesischen Reden gehalten. Theodor Storms Distanz „zu den auf dem Volksfest der Nordfriesen in Bredstedt gehaltenen Reden“ bezog sich nicht auf deren politischen Inhalt (vgl. S. 141). Ihn störte die zynisch-demagogische Art, in der die einfachen Leute vom Lande auf diesem Fest politisch manipuliert werden sollten.⁴ Die Eskalation des nationalen Gegensatzes in der Schleswiger Ständeversammlung 1842, in der bisher nur deutsch gespro-

chen worden war, begann damit, dass der Abgeordnete Peter Hiort Lorenzen aus Hadersleben ohne Vorankündigung anfang, dänisch zu reden. Sörensen beschreibt das so: „Der dänischgesinnte Abgeordnete Peter Hiort Lorenzen begann 1842 plötzlich, in der Ständeversammlung dänisch zu sprechen. Ihm trat Wilhelm Hartwig Beseler entgegen.“(S. 135) Beseler ist zwar in Rödemis aufgewachsen, in Husum zur Schule gegangen und in Mildstedt begraben. Er war eine bedeutende Persönlichkeit der schleswig-holsteinischen und deutschen Geschichte, aber dennoch keineswegs repräsentativ für die regionale Geschichte Husums. Das wurde auch deutlich, als er bei der Wahl zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 in Husum eine bittere Niederlage hinnehmen musste.⁵ Repräsentativ war dagegen in hohem Grade der Advokat und Ständeabgeordnete Johann Casimir Storm aus Husum⁶, der sowohl in der Stadt Husum als auch in dem umliegenden 12. ländlichen Wahldistrikt gewählt worden war und die Vertretung des Landdistrikts übernahm. Sein heute viel berühmterer Sohn sagte über ihn, er sei „in der kräftigsten Zeit seines Wirkens der angesehenste Mann in Stadt und Land“ gewesen.⁷ Politisch war er konservativ, kühl rationalistisch denkend, vom alten bewahrenden Rechtsgefühl durchdrungen und durch sein Ansehen und seinen Einfluss an der Westküste ein wahrer Repräsentant der dortigen Bevölkerung. Mit dem neuen subjektiven liberalen und nationalen Geist stimmte er jedoch wie viele seiner damaligen Klienten keineswegs überein. Für die Geschichte Husums wäre es also lohnender gewesen, seine Rolle bei diesem wichtigen landesgeschichtlichen Ereignis zu beleuchten. J. C. Storm war nämlich der Sekretär der Versammlung und hatte während der provozierenden dänischen Rede des nicht „dänischgesinnten“ Lorenzen das Protokoll zu führen.

Was hier wirklich geschah, war Folgendes: Peter Hiort Lorenzen war in Hadersleben deutschsprachig aufgewachsen und in Flensburg auf die deutsche Lateinschule gegangen. Er war kulturell deutsch geprägt, sprach in Hadersleben im täglichen Umgang als Kaufmann natürlich auch dänisch. Er war 1842 bei seinem Auftreten nicht „dänischgesinnt“, sondern er gilt als der erste nordschleswigsche Politiker, der in erster Linie für die Sache der Demokratie und für eine liberale Verfassung arbeitete. Er war sogar bis dahin ein Anhänger der schleswig-holsteinischen Liberalen gewesen. Dass er am 11. November 1842 provokativ das Recht für sich in Anspruch nahm, in der Ständeversammlung dänisch zu sprechen, galt nur der Durchsetzung des in seinen Augen demokratischen Rechtes der dänischsprachigen und nicht des Deutschen mächtigen Nordschleswiger, in der Schleswiger Ständeversammlung Reden in ihrer Muttersprache halten zu können. Ihm ging es um Gerechtigkeit und Schutz des schwächeren Teils in dieser Sache. Ihn trieb ein liberaldemokratisches politisches Motiv

und kein allgemein nationalpolitisches Engagement für die dänische Sprache. Diesem Auftritt Lorenzens waren schon in der Ständeversammlung von 1840 einige heftige Debatten über die Einführung des Dänischen als Gerichts- und Verwaltungssprache in den Gebieten Nordschleswigs vorangegangen, in denen das Dänische schon lange Kirchen- und Schulsprache war. Die schleswig-holsteinischen Liberalen hatten dabei zu erkennen gegeben, dass sie die endgültige Durchsetzung der deutschen Sprache in Nordschleswig als der nach ihrer Meinung kulturell höherwertigen erwarteten und deshalb gegen eine Stärkung des Dänischen waren. Johann Casimir Storm war in den Debatten auch gegen diese Veränderung aufgetreten, aber nicht aus nationalpolitischen Gründen, sondern einfach, weil er als konservativer Gesamtstaatler gegen solche Veränderungen althergebrachter Verhältnisse war und aus Rücksicht auf die dort tätigen Beamten und Richter, die nicht das Dänische beherrschten.⁸ Auch hatte er den Antrag gestellt, den Druck der dänischen Fassung der Ständezeitung, sie enthielt die Protokolle der Verhandlungen, einzustellen. Für nur sechs Abonnenten sei sie zu kostspielig. Mit beiden Begründungen zeigte Johann Casimir Storm, dass er dem damals immer stärker empfundenen natürlichen Recht der dänischen Nationalität und Sprache in Nordschleswig verständnislos gegenüber stand. In seiner konservativ-gesamtstaatlichen Grundhaltung hatte er kein Gefühl für die nationalpolitische Gefährlichkeit dieses Verhandlungsgegenstandes.

Johann Casimir Storm geriet denn auch in starke Erregung, als Lorenzen anfang, dänisch zu reden. Er lehnte es als Sekretär der Versammlung in kräftigen Wendungen ab, die Rede zu protokollieren, da er Dänisch nicht verstehe. Das handschriftliche Protokoll gibt aber dennoch das Gesagte inhaltlich auf Deutsch wieder. Diese Passagen sind jedoch vor dem Druck des Protokolls durchgestrichen und von anderer Hand durch den Passus, der Abgeordnete Lorenzen aus Hadersleben „fuhr fort, in dänischer Sprache zu reden“, ersetzt worden. Diese Redaktion des Textes ist wahrscheinlich von Storm selbst vorgenommen worden, denn die Sekretäre der Versammlung pflegten die Protokolle ihren Schreibern am Abend oder in der Nacht nach den Sitzungen nach ihren Notizen in die Feder zu diktieren.⁹ Der daraus entstehende Eklat entwickelte sich zum endgültigen Bruch zwischen den schleswig-holsteinischen und den dänischen Liberalen. Fortan standen sie sich als Nationalliberale mit ihren Maximalforderungen „Dänemark bis zur Eider“ und „Schleswig-Holstein deutsch bis zur Königsau“ unversöhnlich gegenüber. Peter Hiort Lorenzen, der schon 1845 starb, wurde zum dänischen Nationalhelden, der „beiblieb, dänisch zu sprechen“, „*han vedblev at tale dansk*“, wie man es

im Dänischen in nationalen Festreden immer wieder verwendet hat, ein nationaler Mythos, wozu er tragischerweise selbst nicht mehr Stellung nehmen konnte,

auch nicht dagegen, dass er nun auf schleswig-holsteinischer Seite für einen „Verräter“ und für „dänischgesinnt“ gehalten wurde. Und so kam es, dass der Vater Theodor Storms aus Husum dem dänischen Nationalismus die sprachliche Vorlage für eine seiner noch bis ins 20. Jahrhundert beliebtesten Parolen für den nationalen Kampf um Schleswig lieferte. Christian M. Sørensen hätte seinen Fehler in der Einschätzung Peter Hiort Lorenzens vermeiden können, wenn er die existierende wissenschaftliche Literatur über diese Zeit mit den neueren Forschungsergebnissen, auch die über die Geschichte Husums, die er in anderen Fällen zitiert, wirklich ausgeschöpft hätte.¹⁰

Was im Falle der Mythenbildung um den angeblich dänischgesinnten Peter Hiort Lorenzen vor sich ging, war exemplarisch für die gefährlichen negativen Auswirkungen des Nationalismus. Seine vernunftbetonte und an einem allgemeinen Menschenrecht auf Anwendung der eigenen Muttersprache in Verwaltung und Justiz sowie auch in der politischen Debatte in der Ständeversammlung orientierte Forderung konnte nicht mehr übernational verstanden werden.

1842 war die auch mit der Stimme J.C. Storms in der Schleswiger Ständeversammlung beantragte Vereinigung mit der Holsteinischen vom König abgelehnt worden. Als nun ein Gutachten an den König diskutiert wurde, in dem auch der Anschluss Schleswigs an den Deutschen Bund zur Sprache kommen sollte, sprach er sich, seiner konservativen Grundhaltung entsprechend, dagegen aus. Er sei durch die vom königlichen Kommissar erteilte Zusicherung völlig beruhigt, dass der König (Christian VIII.) nicht an eine Vereinigung Schleswigs mit Dänemark denke, zumal der Passus „doch nur erwähnt werden solle, um Schleswig gegen die Angriffe einer Partei zu sichern“. Gemeint waren die dänischen Nationalliberalen mit ihrer gerade ausgerufenen Forderung „Dänemark bis zur Eider“, von denen zukünftig die eigentliche Bedrohung ausgehen sollte. Das Vertrauen in die unparteiische Gerechtigkeit des absoluten Königs war für J.C. Storm und viele, die so dachten wie er, noch nicht zerbrochen.

In Sørensens Kapitel hätte auch die schon in den beiden Kapiteln von Albert Panten über Husums Gründung und Aufstieg zur Stadt (S. 22,28,30 ff.) beschriebene große Bedeutung der geopolitischen Lage Husums für seine wirtschaftlichen und politischen Prioritäten behandelt werden müssen. Die Stadt war nämlich als Handelsstadt von Anfang an angewiesen auf den Zugang zum Meer, seinen Hafen und den Warenverkehr quer über Land nach Schleswig und Flensburg und darüber hinaus. In den Jahren vor 1848 gab es wieder Aussicht auf eine wesentliche Verbesserung dieser Verhältnisse. Der Staat war bereit, zur wirtschaftlichen Förderung des südlichen Teils des Herzogtums Schleswig den Hafen auszubauen und eine Eisenbahnverbindung von Flensburg nach Husum zu fördern. Dies wurde in Husum begrüßt, und im April 1844 konnte

Theodor Storm, ganz Husumer und nicht in erster Linie Schleswig-Holsteiner, kühl alle Möglichkeiten der politischen Zukunft abwägend, noch schreiben: „Ein Teil der Einwohner ist dafür, die politischen Interessen sind auch dafür, damit nicht bei einer doch möglichen Trennung der Herzogtümer alle Verkehrsendpunkte in Holstein liegen“.¹¹ Dieser Plan kollidierte aber auch zu dem Zeitpunkt schon mit den Vorstellungen der schleswig-holsteinischen Bewegung, die eine Verbesserung der Nordsüdverbindungen zwischen den Herzogtümern wünschte. So gerieten die Husumer in einen von vielen - bald auch von Storm - empfundenen peinlichen Interessenkonflikt, wenn König Christian VIII. auf seinen jährlichen Sommerreisen 1845 und 1847 in ihrer Stadt dankbar und herzlich begrüßt wurde, während der Empfang an anderen Orten wesentlich kühler war. An den Protesten gegen den „Offenen Brief“¹ von 1846, wie sie sonst im südlichen Schleswig und in Holstein allorts stattfanden, nahmen Stadt und Amt Husum nicht teil. Im Sommer 1847 - die Arbeiten für einen großzügigen Ausbau einer Hafen- und Dockanlage hatten schon begonnen - war der begeisterte Empfang für den König so überwältigend, dass man von „einer unabsehbaren Menge“ und „freudigem Enthusiasmus“ sprach. Aktien für die Bahn wurden aber in Husum - seit sie auch nach Tönning gehen sollte - nicht mehr gezeichnet.¹²

Da dieser ganze Zusammenhang bisher nicht erwähnt worden ist, kann der Leser bei Sörensens Ausführungen auf Seite 137 nicht erkennen, dass es sich bei den aufrührerischen „Deicharbeitern“, die im August 1848 ernste Unruhen in der Stadt verursachten, um die bei diesem Hafenbauprojekt Beschäftigten handelte. Die in der Sprache der Husumer Zeitgenossen den Vorgang verniedlichende Bezeichnung „Butterkrieg“ unterschlägt die Tatsache, dass es sich bei diesen Unruhen um einen Teil einer auch an anderen Stellen auftretenden Unterströmung der Auflehnung gegen wirkliche soziale Not handelte. Bürgermeister und Amtmann in Husum hatten schon 1847 vor der Häufung dieser „zur Zeit höchst bedauernswerten Klasse von Tagelöhnern und Verdingarbeitern“ in der Umgegend, die „buchstäblich von der Hand in den Mund“ lebten, gewarnt und soziale Hilfsmaßnahmen angemahnt.¹³

Bei der Behandlung der Jahre 1848-1850 in Husum ist Sörensen in der Gefahr, als Historiker nicht den erforderlichen inneren Abstand zu den Ereignissen zu wahren. Der heutige Geschichtsschreiber darf sich nämlich nicht damit begnügen, in der befangenen Sprache der damals Handelnden zu berichten, wenn er ein „umfassendes und profundes Bild“ regionaler Geschichte geben will. Wer diesem Anspruch gerecht werden will, der muss bereit sein, das Handeln der Menschen genauer zu hinterfragen und Erscheinungen von Intoleranz, Massenhysterie und Gesinnungsterror, wie sie in der besonders schwierigen Phase des Krieges 1848-1850, in der Zeit des Berliner Waffenstillstandes, besonders krass

in

Husum auftraten, auch zu benennen. Ein Beispiel: Der Zichorienfabrikant Peter Schmidt, mit seiner humanen Bürgergesinnung noch über dem nationalen Streit stehend, hatte versucht, eine politisch aufgebrachte Menge mit dem Satz zu beruhigen „Leute, geht doch auseinander, ist denn nicht ein Däne ebenso gut als ein Deutscher!“ Dieser „menschliche“ Satz hatte aber nur zur Folge, dass die ganze Wut sich jetzt gegen ihn richtete. Er wurde in die Menge gezerrt und musste bis zu seinem Haus ein wahres Spießrutenlaufen durchmachen. Mehrere Bürger, bei denen er unterschlüpfen wollte, verschlossen ihm ihr Haus, um nicht ebenfalls den Zorn der Menge auf sich zu ziehen. Anschließend wurden ihm die Fenster eingeworfen. Solche Erscheinungen von Inhumanität, von denen es eine ganze Reihe gab, sind es, die uns bei unseren geschichtlichen Erfahrungen mit den Gefährdungen durch den Nationalismus an die Aussage des österreichischen Dichters Franz Grillparzer erinnern: „Von Humanität durch Nationalität zur Bestialität“. Es reicht nicht, diese Vorgänge nur (augenzwinkernd?) als Beweise unerschütterlicher „Gesinnungstreue der Husumer Bürger“ zu charakterisieren (S. 1381). Peter Schmidt musste später als Verfeimter die Stadt verlassen. Während dieser Zeit nahm der an der ganzen Westküste bekannte und angesehene Spitzenhändler Jens Wulff aus Bredebro, der mit ihm befreundet war, seine Tochter in sein Haus. „Fluch über die“, schrieb Jens Wulff am Tage vor der Schlacht bei Idstedt in Husum in sein Tagebuch, „die dieses Unglück über dieses vorher so glückliche, friedliche Land gebracht, die der Zwietracht Saat gesät und Hass und Feindschaft zwischen den verschiedenen Nationalitäten der Bewohner des Landes erweckt haben, ... und der Himmel mag wissen, wann diese Disharmonie sich verlieren wird, wo mehr und mehr Verbitterung Fuß fasst.“¹⁴ Es gab in Husum noch Menschen, die Humanität über Nationalität stellten.

Auch Johann Casimir Storm bewahrte sich in dieser aufgeregten Zeit, in der so vieles aus dem Ruder lief, seinen kühlen Kopf. Kennzeichnend dafür ist ein Vorgang aus dem Frühjahr 1849, als er eine Petition von Eiderstedter Gräsern an die Landesversammlung als bloßen schlitzohrigen Egoismus entlarvte. Mitgefühlvoller und zu Opfern bereiter patriotischer Gebärde hatten diese den Abbruch allen Viehhandels mit Jütland, der bisher ungestört weiter betrieben worden war, durch eine Sperrung der Grenze gefordert. Storms kritische Untersuchung hatte nämlich ergeben, dass von den 43 Unterzeichnern nur einer noch Magervieh aus Jütland für dieses Jahr benötigte. Alle anderen betrieben gar keine Viehmast oder hatten schon Vieh genug, so dass sie, wenn das jütische Vieh wegblieb, im Herbst auf dem Husumer Markt „wahrscheinlich auf reißenden Absatz zu übertriebenen Preisen rechnen“ konnten. Was Johann Casimir

Storm von solchen Zügen einer von ihm beobachteten politischen Kannegießerei hielt, drückte er so aus: Wenn diese nur aus Koldenbüttel, Witzwort und Friedrichstadt stammenden Unterzeichner „Namens der Eiderstedter“ sprächen, dann sei ihre Petition im übrigen „ein ähnliches Machwerk als (gemeint ist „wie“) die Petition einzelner Mitglieder von einzelnen Bürgervereinen, wenn letztere namens des schleswig-holsteinischen Volkes“ sprächen; es sei „mit einem Worte die Wiederholung der täglichen Erfahrung, dass Einzelne sich einbilden, das Ganze zu repräsentieren, und dass ihre Meinung die aller ist, welche Still-schweigen“. ¹⁵

Ebenfalls die in der Zeit von 1850-1864 in Husum wirkenden dänischen Beamten verdienen in unserer Zeit eine mehr differenzierte Betrachtung, als ihnen von ihren Husumer Zeitgenossen zuteil werden konnte. Der neue dänische Bürgermeister Hakon Grüner hat immerhin knapp dreizehn Jahre in Husum gewirkt und als tüchtiger Verwaltungsbeamter die Stadt wirtschaftlich weiter gebracht und modernisiert, was Sörensen auch würdigt. Politisch wurde er jedoch unpopulär, weil er alle Anzeichen schleswig-holsteinischer Gesinnung unterdrückte, wie es ihm von der Regierung in Kopenhagen auferlegt wurde. Die dänischen Beamten befanden sich menschlich in einer prekären Situation. Bei dem noch vorhandenen hohen Grad „von Schwärmerei für das Deutschtum“, schrieb der neue Landschreiber für den Ostteil von Eiderstedt im August 1852 an seinen Vorgesetzten in Kopenhagen, müsse „der neu angestellte Beamte sich befleißigen, die Achtung der Menschen zu gewinnen, dass er dagegen auch die Liebe der Menschen gewinne, daran wird vorläufig nicht gedacht werden können“. ¹⁶ Diese Situation bestätigt das frühe Urteil des Menschenkenners Theodor Storm über Bürgermeister Hakon Grüner schon kurz nach dessen Ankunft in Husum: Dieser sei, „wenn er kein verfl... wäre, wenigstens soweit ich mit ihm zu tun gehabt, ein ganz guter Kerl“. ¹⁷ Dennoch stellte sich allmählich eine loyale Haltung der Husumer gegenüber den neuen Verhältnissen ein, von der Sörensen meint, dass sie nur „zeitbedingte und zweckbestimmte Anpassung“ gewesen sei (S. 145). Es ist jedoch offen, ob diese neue Loyalität nicht doch haltbar gewesen wäre, wenn auf dänischer Seite die Wiederherstellung des Gesamtstaates, die ihr in den Friedensabmachungen von den europäischen Mächten auferlegt worden war, wirklich ernsthaft und andauernd verfolgt worden wäre. Aber gerade dies scheiterte in der innerdänischen Auseinandersetzung, als ab 1861 die nationalistisch aggressive eiderdänische Richtung sich immer mehr durchsetzte. Gleichzeitig erstarkte der deutsch-schleswig-holsteinische Nationalismus wieder und machte seinen Einfluss auch in Husum geltend.

Die zum großen Teil gesamtstaatlich eingestellten dänischen Beamten hatten sich nun sogar nach zwei Seiten zu wehren. Es kam so weit, dass auch der an-

fangs den Eiderdänen zugerechnete Bürgermeister Grüner zusammen mit dem gesamtstaatlich gesinnten Amtmann Johannsen sich für die Erhaltung des deutschen Unterrichts an der Husumer Bürgerschule einsetzte und damit „aus höheren Rücksichten“, d.h. an der nationalistischen Uneinsichtigkeit der regierenden Nationalliberalen in Kopenhagen, scheiterte.¹⁸ Von nun an bezeichneten diese Beamten sowohl die erneut agitierenden Schleswig-Holsteiner als auch die eiderdänischen Scharfmacher als „Wühler“.¹⁹ Sie selbst mussten sich mehr und mehr auf verlorenem Posten fühlen.

Die eigentliche „Abkehr“ vom Gesamtstaat kam für die immer noch an der alten Ordnung Hängenden, als sie mit der dänischen Novemberverfassung von 1863 von Holstein getrennt und in einen dänischen Nationalstaat inkorporiert werden sollten. Im Januar 1864 wurden die dänischen Beamten an der Westküste gebeten, über die Stimmung in der Bevölkerung zu berichten. Ihre Berichte nach Kopenhagen sind schonungslos, eine aufschlussreiche und interessante Lektüre. In Husum amtierten im Schloss der Amtmann für das Amt Husum und Oberstaller für Eiderstedt Wilhelm Johannsen und sein Amtsverwalter Heinrich August Mailing, beide konservativ, Anhänger des Gesamtstaates und entsetzt über die Politik ihrer eiderdänischen Regierung in Kopenhagen. Mailing war schon vor 1848 Landschreiber, Hausvogt und Aktuar in Stapelholm gewesen und auch während der Erhebung auf seinem Posten geblieben, weil die großen Bauern Stapelholms ihn deckten. Für ihn war die Politik der dänischen Revolutionsregierung vom März 1848 „das separatistische eiderdänische Treiben in Kopenhagen“. Mailing blieb auch nach 1850 ein scharfer Gegner der eiderdänischen Agitation und ihrer Sprachpolitik und hielt es für ein Unglück, dass Schleswig nicht als ein Land angesehen wurde, in dem die königliche Autorität wieder aufgerichtet worden war, sondern als eine Eroberung, die die dänische Nation gemacht hatte.²⁰ Sein Bericht über die Stimmung in seinem Amtsbereich in Husum im Januar 1864 beruhte also auf einer guten Kenntnis der Verhältnisse. Mailing - für keine der beiden Seiten voreingenommen - schrieb: „Es sind nicht Sympathien für Augustenburg, welche die illoyale Partei in Bewegung setzen; sie benutzen nur den Prinzprätendenten als Mittel, um die von ihnen gewünschte Losreißung der Herzogtümer von Dänemark zu erreichen. Diesen Wunsch teilt der besonnene Teil der Bevölkerung nicht, sagt vielmehr „wir wollen bei Dänemark bleiben“.“ Und Mailing fügte hinzu, darin seien sich alle einig, dass sie, „wie sie sich ausdrücken, nicht die gehorsamen Diener dieser oder jener politischen Partei in Kopenhagen sein wollen“. Da dies aber mit der eiderdänischen Danisierungs- und Inkorporationspolitik nun von ihnen verlangt wurde, war der politischen Vorstellungswelt dieses „besonnenen“ Teils der Bevölkerung der Boden entzogen. Eine Verbindung, die Jahrhunderte lang bestanden hatte,

war durch die Zerstörung der übernationalen Ordnung des Gesamtstaates unmöglich geworden. Welche Gefühle dies bei diesem Bevölkerungsteil in den Januartagen 1864 hervorrief, hatte Mailings Vorgesetzter, der Amtmann Johannsen, ebenfalls schon nach Kopenhagen berichtet, es sei die Stimmung von „Resignation und Wehmut“. Wie es bisher gewesen war, konnte es nicht bleiben. Die angebotene Alternative überzeugte sie nicht. Was würde die Zukunft bringen?

Bei einer feindlichen Invasion aus dem Süden werde, so hatte Mailing vorausgesagt, „die Stimme des besonnenen und loyalen Teils der Bevölkerung in dem allgemeinen Geschrei verhallen“.²¹ So ist es seit 1864 in den Zeiten der nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig, über die Teilung von 1920 hinaus und bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg dann auch gekommen. Dass ihre Stimme in der vorliegenden Geschichte Husums aus dem Jahre 2003 aber immer noch nicht vorkommt, entspricht nicht dem gegenwärtigen Stand der regionalen Geschichtsforschung in Nordfriesland und auch nicht dem Stand des politischen Bewusstseins in der Gegenwart. Das liegt daran, dass Sörensen den viel zu engen Blickwinkel der „Geschichte im Rückspiegel“ gewählt hat, so zu sagen vom Standpunkt der nach Deutschland strebenden Schleswig-Holsteiner im Jahre 1864. Inzwischen aber gilt die Lösung des nationalen Konfliktes zwischen Deutschland und Dänemark mit ihren Garantien für die nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze europaweit als Vorbild. Die europäischen Nationalstaaten haben sich nach den bitteren Erfahrungen mit den durch den übersteigerten Nationalismus verursachten Kriegen in der Europäischen Union zur Zusammenarbeit im Interesse von friedlichen Konfliktlösungen vereinigt. Dabei ist eine übernationale Einheit entstanden, in der sie im Interesse einer übernationalen Rechtsordnung auch einen Teil ihrer nationalen Souveränität abgegeben haben. Sörensen hat an sich ganz richtig gefühlt, dass die Behandlung seines Kapitels der Geschichte Husums in einer zukunftssträchtigen europäischen Perspektive enden müsse. Nur gelingt ihm dies nicht wegen seines zu engen, im nationalstaatlichen Denken verhafteten Ansatzes. So ist im Zusammenhang mit der von Sörensen gewünschten europäischen Perspektive auch zu fragen, ob es sinnvoll war, dem Streit von 1851 um ein in Husum errichtetes dänisches Denkmal zum Andenken an die bei der Verteidigung Friedrichstadts gefallenen dänischen Soldaten so viel Platz zu widmen (S. 144 f.). Das zu diesem Text gehörige Bild steht schon auf Seite 140, wo der Bildtext mit einem Hinweis auf die Geschichte des Flensburger Idstedt-Löwen und die neuerlichen Diskussionen über seine Platzierung, was nicht zur Geschichte Husums gehört, hoffnungslos überfrachtet wird. Diese Diskussionen über die Probleme von vorgestern mit den Gefühlen von gestern hätten nicht in ein Jubiläumsbuch von 2003 gehört, das bis zum

nächsten Stadtjubiläum, vielleicht im Jahr 2053, gelesen werden soll.

Wie wäre es, wenn man den im Vorhergehenden genannten loyalen und besonnenen Bevölkerungsteil als noch nicht oder nicht vom nationalen Denken erfüllt betrachtete? Dieser hatte nichts dagegen, in einer übernationalen staatlichen Einheit zu leben, welche die Integrität ihrer Verhältnisse achtete. Der dänische Gesamtstaat bis 1864 war in einer Weise ein Modell einer übernationalen Einheit, wie sie in Europa heute in einem sehr weit fortgeschrittenen Stadium besteht. Hinkten diese „Besonnenen“ nun mit ihrer Haltung hinter ihrer Zeit her, oder waren sie zugleich zeitgemäß und doch ihrer Zeit voraus? Auf jeden Fall hätten sie in diesem Jubiläumsbuch erheblich mehr Beachtung verdient gehabt, als ihnen zu Teil geworden ist. Hier hätte die von Sørensen angestrebte zukunftssträchtige Perspektive liegen können. Sie hätte auch den in Schleswig-Holstein seit 1864 ganz unberechtigt nur von seiner Endphase her vorwiegend negativ gesehenen dänisch-deutschen Gesamtstaat ins rechte Licht gesetzt.

Eine letzte Anmerkung gilt dem Kapitel „An der Schwelle zum dritten Jahrtausend: Husum 1970-2003“. Dort sind unter der Überschrift „Besondere Ereignisse“ einige hervorgehoben, „weil sie lange nachwirkten und für bestimmte Bereiche des Geschehens bezeichnend erscheinen“ (S. 287 ff.). Hier vermisst man neben Ereignissen wie „Buten-Husumer schaffte Transatlantik-Flug mit Cessna“, „Motorrad- Markt und -Treffen seit 1978“ und Ähnlichem einen Hinweis auf die Veranstaltung vom 30. Januar 1983, als erstmals ehemalige Häftlinge des KZ Husum-Schwe- sing (auf S. 227 f. behandelt) in Husum über ihre Leiden berichteten. Dieses wäre doch wohl wirklich ein besonderes Ereignis mit historischer und in die Zukunft gerichteter Perspektive gewesen.

Anmerkungen

- 1 Geschichte Husums - Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Gesellschaft für Husumer Stadtgeschichte. Mit Beiträgen von Hans Joachim Kühn, Albert Panten, Klaus Schumacher, Fiete Pingel, Christian M. Sørensen, Thomas Steensen und Holger Borzikowsky. Husum 2003.
- 2 Auch in der Museumswelt scheint man sich schwer damit zu tun, die Unhaltbarkeit dieser so schönen These zu akzeptieren. Das Nordfriesische Museum im Nissenhaus in Husum zeigt noch (September 2004) „bis auf weiteres“ die Sonderausstellung im Rahmen des Stadtjubiläums „Das Boot aus der Eiszeit“ über „das wahrscheinlich älteste Boot der Welt“ (nicht nur Europas!).
- 3 Johannes Jensen, Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1797-1864). Nordfriisk Instituut Nr. 123. Lizenzausgabe der 1. Auflage 1961 in der Reihe Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 44. Im Folgenden zitiert als: Jensen, Nordfriesland, S. 49-52.

- 4 Jensen, Nordfriesland, S. 102 ff. und Johannes Jensen, „Was ist des Friesen Vaterland?“ Das erste „Volksfest der Nordfriesen“ am 10 Juni 1844. In: Grenzfriedenshefte 3/1994, S. 161-166. Auch als Sonderdruck Nordfriisk Instituut, Nr. 130 erschienen.
- 5 Thomas Steensen in: Geschichte Husums. 2003, S. 176.
- 6 Jensen, Nordfriesland, S. 87.
- 7 Jensen, Nordfriesland, S. 87.
- 8 Jensen, Nordfriesland, S. 91 f.
- 9 Protokollauszug aus der 22. Sitzung der 4. Schleswigschen Provinzialstän­dever­sammlung vom 11. November 1842 (LAS, Abt. 63 Nr. 7701), Zeitung für die Verhandlungen der Provinzialstände für das Herzogtum Schleswig. 1842, Spalte 718 f., vgl. auch Hans Jensen, De danske Staenderforsamlingers Historie 1830-1848. Anden Del. København 1934, S. 340 ff. Zum Vorgehen bei den Protokollen der Ständeversammlungen vgl. Georg Christian Burchardi, Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners. Herausgegeben von Wilhelm Klüver. 1927, S. 127.
- 10 Darüberzuletzt: Jørn Buch, Peter Hiort Lorenzen. In: 19 myter i Sønderjyllandshistorie. Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland nr. 88. 2002, S. 118. Vgl. auch Jensen, Nordfriesland, S. 93.
- 11 Jensen, Nordfriesland, S. 126.
- 12 Jensen, Nordfriesland, S. 126 ff.
- 13 Jensen, Nordfriesland, S. 153-157.
- 14 Ausführlich zu den damaligen Vorgängen in Husum in: Jensen, Nordfriesland, S. 189-195.
- 15 Jensen, Nordfriesland, S. 178f.
- 16 Jensen, Nordfriesland, S. 245 f.
- 17 Jensen, Nordfriesland, S. 217 f.
- 18 Jensen, Nordfriesland, S. 231 f.
- 19 Jensen, Nordfriesland, S. 218.
- 20 Jensen, Nordfriesland, S. 217.
- 21 Jensen, Nordfriesland, S. 275-278. Zu Heinrich August Mailing und Christian Gottfried Wilhelm Johannsen vgl. auch die aufschlussreichen Artikel über sie in Dansk Biografisk Leksikon.

Die Düppel-Gedächtnisausstellung 1914 in Sonderburg

von *HANS-CHRISTIAN PUST*

1. Das Jahr 1914 als Erinnerungsjahr

Das Jahr 1914 ist in die Geschichte eingegangen als das Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, der „Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“.¹ Die ersten Monate des Jahres waren jedoch für die Zeitgenossen mit der Erinnerung an einen ganz anderen Krieg verbunden: Man gedachte überall - und ganz besonders in Schleswig-Holstein - des 50-jährigen Jubiläums des deutsch-dänischen Krieges von 1864.

Preußische und österreichische Truppen hatten Ende Dezember 1863 im Auftrag des Bundestages die beiden südlichen Herzogtümer Holstein und Lauenburg besetzt und forderten von Dänemark die Rücknahme der 1863 erlassenen eiderdänischen Verfassung, die die Eingliederung des Herzogtums Schleswig in das dänische Reichsgebiet zum Ziel hatte. Da Dänemark ein Ultimatum verstreichen ließ, überschritten die preußischen und österreichischen Truppen am 1. Februar 1864 die Eider, die dänischen Truppen zogen sich zurück. Kriegsentcheidend wurde die Erstürmung der Düppeler Schanzen durch preußische und österreichische Truppen am 18. April 1864. Ende Juni 1864 gelang den Heeren dann auch das Übersetzen nach Alsens. Das Ergebnis des Krieges war, dass der dänische König zugunsten Österreichs und Preußens auf die drei Herzogtümer verzichten musste: Österreich und Preußen verwalteten nach dem Friedensschluss die Herzogtümer gemeinsam, später wurde die Verwaltung geteilt: Preußen erhielt Schleswig, Österreich Holstein. Nach der österreichischen Niederlage von 1866 gegen Preußen fiel dann ganz Schleswig-Holstein an Preußen und wurde zur preußischen Provinz.

Der Krieg von 1864 galt in der damals herrschenden borussischen Geschichtsschreibung als Auftakt der insgesamt drei Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71, den drei Stationen auf dem angeblich so geradlinigen Weg zur Gründung des Zweiten Deutschen Kaiserreichs unter preußischer Führung. Dementsprechend wurde den Ereignissen von 1864 in Schleswig-Holstein ein ganz besonderer historischer Wert zugesprochen. Die Ereignisse von Düppel waren, wie es zum Beispiel der Landrat des Kreises Sonderburg in einem Schreiben ausdrückte, vor allem wichtig für die „endgültige Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Herrschaft.“² In einem Beitrag für die Zeitschrift „Deutsch-

land“ über die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung meinte der Organisator der Ausstellung, Amtsrichter Ewoldt aus Sonderburg, sogar, dass Deutschland mit Schleswig-Holstein „nicht nur einen wertvollen Zuwachs urgermanischer Volkskraft, sondern die wichtigste Grundlage unserer heutigen Weltgeltung erhalten“ habe.³ Die Erinnerung an die Kriegseignisse wurde in Schleswig-Holstein auch nach 1864 stets wach gehalten, sie erlangte allgemein jedoch keinen so großen Stellenwert wie die Erinnerung an die Ereignisse des deutsch-französischen Krieges 1870/71, die schon mit dem jährlich abgehaltenen sog. Sedantag als offiziellem Feiertag sehr stark im öffentlichen Bewusstsein verankert war. Im kollektiven Gedächtnis wurde jedoch auch die Erinnerung an 1864 wachgehalten, so hing beispielsweise im Zeughaus in Berlin ein Gemälde „Düppel, 18. April 1864“.

Mit dem Jahr 1914, in dem sich die Ereignisse von 1864 zum fünfzigsten Mal jäherten, setzte nun eine verstärkte Erinnerung an die Ereignisse ein. Die entsprechenden Jahrestage wurden groß gefeiert, so zum Beispiel der 6. Februar, an dem österreichische Truppen eine dänische Nachhut bei Oeversee besiegt hatten, der 18. April, mit dem Gedenken an die Erstürmung der Düppeler Schanzen, und der 29. Juni, an dem preußischen und österreichischen Truppen der Übergang nach Alsen gelungen war.

Am 18. April fand in Flensburg beispielsweise eine von der Stadt veranstaltete, öffentliche Düppelfeier im Kolosseum statt.⁴ Außerdem stellte die Stadt große finanzielle Mittel für die Illumination Flensburgs zur Verfügung, damit „Flensburg zu Ehren der Düppelfeier in einen Strahlenkranz von Licht getaucht ist, der sich tausendfältig in der Förde spiegelt und weithin Kunde gibt von der treudeutschen Gesinnung seiner Bewohner.“⁵ In Sonderburg veranstaltete man am 18. April ebenfalls eine Gedenkfeier, hier sammelten sich die in der Stadt ansässigen Schulen, die Abordnungen des örtlichen Bataillons und der Marine, die patriotischen Vereine und die städtischen Kollegien zu einem „imposanten Festzug nach Düppel“.⁶ Nach einer Ansprache wurden dort die Kriegergräber und das Denkmal bekränzt, ein Feldgottesdienst und ein Festessen, zu dem insbesondere zahlreiche Veteranen von 1864 geladen waren, beschlossen den Tag. Ursprünglich war für diese Feier übrigens auch noch eine „Darstellung der Kämpfe vom 18. April oder 29. Juni durch die Jugend“ geplant gewesen.⁷

Die Haupt-Gedächtnisfeier fand dann jedoch am 28. Juni in Sonderburg statt. Der Festzug, der sich wieder in Sonderburg formierte, umfasste dieses Mal 3000 Personen und Wagen und zog wiederum zum Düppeldenkmal. In der Stadt standen die Schüler der Stadt- und Landschulen Spalier.⁸ Als Ehrengäste waren Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Oberpräsident von Bülow, Staatsminister v. Po-

dbielski sowie die beiden preußischen Prinzen Waldemar und Sigismund anwesend, daneben weit über 1000 Veteranen und die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden. Prinz Heinrich hielt neben anderen sogar eine Rede, in der er sich insbesondere an die anwesenden Veteranen wandte und ausführte, dass der Tag von Düppel die Anwesenden auch an die Zukunft mahnen solle: „Er soll uns daran erinnern, daß das, was Sie geschaffen mit Ihrer selbstlosen Hingebung, Ihrer Aufopferung und Ihrem Todesmut, daß wir das festhalten sollen. Und ich hoffe, daß in Zukunft deutscher Geist und deutsches Wesen bis an die Grenze unserer Nordmark durchdringen werde.“⁹ Ähnlich im Ton war auch die Rede des Oberpräsidenten von Bülow gehalten. Er führte in seiner Rede aus: „Von den Düppelstürmern wollen wir lernen, daß nicht Mutlosigkeit den Kampf bis zum Siege führt, sondern allein der altpreußische Glaube, daß Preußens Könige immer siegen und alsdann den Sieg behalten.“¹⁰ Ausführungen wie diese haben große Ähnlichkeit zu entsprechenden Reden nur wenige Wochen später, die nach Kriegsausbruch immer und immer wieder über vier Jahre hinweg Durchhalteparolen verbreiteten und den endgültigen deutschen Sieg in der Zukunft prophezeiten. Man sieht deutlich, wie stark die entsprechende Mentalität auch schon vor dem Kriegsausbruch vorhanden war, an sie konnte man im Krieg dann bequem anknüpfen.

Gerade auf den Tag der Düppelfeier, den 28. Juni 1914, fiel das folgenschwere Attentat auf den österreichischen Thronfolger, den Erzherzog Franz Ferdinand, in Sarajevo, das zum Auslöser für den Ersten Weltkrieg werden sollte. Das Attentat scheint die Feier jedoch noch nicht beeinträchtigt zu haben, wahrscheinlich weil die Nachricht nur langsam nach Norden vordrang. In Wien war die Nachricht erst gegen 16.00 Uhr bekannt geworden, Kaiser Wilhelm II. wurde ebenfalls am Nachmittag informiert und brach die Regatta bei der Kieler Woche, an der er teilnahm, ab.¹¹ Zahlreiche Veteranen fuhren von Sonderburg aus nach Flensburg, wo bis in den Abend hinein weiter gefeiert werden sollte. Diese Feier war dann aber doch vom Attentat in Sarajevo überschattet: „Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte die am Sonntag Nachmittag hier eingetroffene Meldung von dem verabscheuungswürdigen Attentat, dem leider der Erzherzog von Oesterreich und dessen Gemahlin zum Opfer fielen und wodurch nicht nur das österreichisch-ungarische Kaiserhaus, sondern auch unser deutsches Vaterland in tiefe Trauer versetzt wurden. Da unter diesen Umständen von einer ausgedehnten Festlichkeit abgesehen werden mußte, erlitt die gestrige Feier erhebliche Einschränkungen.“¹² Neben den Feiern ist auch eine durchaus kommerzielle Nutzung des historischen Ereignisses zu erkennen: So erschienen zahlreiche Postkarten, die an die Ereignisse von 1864 erinnerten. Der Kieler Verlag Gebr. Lempke gab beispielsweise eine Postkartenserie mit dem Titel „Düppel“ heraus,

die „Originalphotographien, welche unmittelbar nach der Schlacht aufgenommen sind“, präsentierte. Die beiden vorliegenden Postkarten zeigen zum einen „Preußische Soldaten nach der Stürmung“, zum anderen ein „beschossenes Gehöft hinter den Schanzen“.

Auf beiden Karten ist zusätzlich der Aufdruck „Zur Erinnerung an die 50 jährige Wiederkehr der Erstürmung der Düppeler Schanzen 18. April 1864-1914“ aufgebracht. Die vorliegenden Fotos stammen ursprünglich von dem bekannten schleswig-holsteinischen Fotografen Friedrich Brandt, der am Tage nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen als Fotograf auf dem Schlachtfeld zugelassen worden war und seine Aufnahmen geschickt vermarktete¹³. Die Aufnahmen nach den Kampfhandlungen 1864 waren die ersten Fotos der direkten Folgen eines Krieges in Nordeuropa und wirkten auf die Zeitgenossen geradezu sensationell, sie wurden nun im Jahr 1914-wohl erstmals - auch als Postkarte veröffentlicht und vertrieben, ein Medium, das 1864 noch nicht erfunden worden war. Ein weiteres Beispiel ist eine von einem Hamburger Verlag vertriebene Serie, die den Käufern farbige gezeichnete Motive zum Thema anbot. Eine Karte zeigte zwei Porträts des Hauptmanns von Mellenthin, eines von 1864, eines von 1914 mit einem kurzen Erläuterungstext. Eine zweite Karte zeigte zwei Gedenksteine von 1864 in Burg auf Fehmarn und in Oldenburg i. H. Aus Anlass des Jubiläums erschienen daneben noch zahlreiche Buchveröffentlichungen zum Thema, unter ihnen sowohl belletristische Darstellungen, Jugendbücher, aber auch wissenschaftliche Werke, wie die Festschrift „Düppel“ 1864-1914. Rückschau und Ausblick“. ¹⁴ Eine ganz besondere Art der Erinnerung an die Ereignisse von 1864 neben den Feiern, den Postkartenserien und den Buchveröffentlichungen stellt die sog. „Düppel-Gedächtnisausstellung“ dar, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.

2. Vorbereitungen für die Ausstellung

Die Vorbereitungen für die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung 1914 reichen mindestens bis ins Jahr 1912 zurück. Die treibende Kraft der gesamten Unternehmung war der Sonderburger Amtsrichter Dr. Ewoldt. Er berichtete der Königlichen Regierung Pfingsten 1912, die Stadt- und Kreisverwaltung Sonderburg, der Kriegerverband Schleswig-Holstein, das Heimatmuseum Sonderburg und einige weitere besonders interessierte Herren hätten die Gründung eines Düppelmuseums beschlossen, „um die Helden von 1864“ zu ehren.¹⁵ Geplant war diese Sammlung als „schönstes Denkmal der ruhmreichen ersten deutschen Einigungssiege bei Düppel“, wobei insbesondere die Veteranen von 1864 mit-

einbezogen werden sollten. Thematisch sollte sich die Ausstellung ausschließlich auf die Vorgänge von 1864 in Düppel und auf Alsen beschränken, gefordert wurde, die Vorgänge dabei „in möglichster Anschaulichkeit und Lebendigkeit“ zu zeigen.

Ein anderer wichtiger Aspekt, der in der Ausstellung hervorgehoben werden sollte, war derjenige der Heldenverehrung. Das besondere Interesse galt dementsprechend den Kriegsteilnehmern und zwar nicht nur den Generälen, sondern auch den einzelnen Offizieren und Soldaten und ihren jeweiligen Erlebnissen. Nach Ansicht der Ausstellungsgestalter war „die Pflege dieses Persönlichen gerade am besten im Stande [...], die ganze Größe der Heldenleistungen zu zeigen und die Helden dem Herzen unseres Volkes näher zu bringen.“¹⁶ Bei dieser Form des Gedenkens ging es also in erster Linie darum, den Ausstellungsbesuchern „Helden“ zu präsentieren. Dabei lag, wie Ewoldt an einer Stelle ausführte, das Besondere des Krieges 1864 darin, dass bei Düppel „Mann gegen Mann im Nahkampf“ gekämpft wurde, „wie selten in modernen Kriegen. Nicht die Genialität eines Führers wie Moltkes bei Sedan war das Entscheidende, sondern die persönliche altgermanische Tapferkeit jedes einzelnen Stürmers, der verwegen durch den dichten Kugelregen über Drahthindernis und Palisaden auf den Gegner eindrang.“¹⁷ Auch auf derartige idealisierte Schilderungen des Kampfes im Krieg wurde nach Beginn des Weltkrieges gerne zurückgegriffen, obwohl die realen Kriegsbedingungen diesen noch viel weniger entsprachen als noch 1864.

Die Notwendigkeit der Sammlung wurde mit aktuellen Bedürfnissen des Jahres 1914 begründet: „Dabei haben wir an Ort und Stelle besonderes Interesse daran, diese Erinnerung liebevoll zu pflegen, da diese Kämpfe Schleswig-Holsteins Befreiung herbeigeführt haben, und Düppel noch heutigen Tages ein wichtiges Wahrzeichen deutscher Kraft für das nationale Ringen in der Nordmark bedeutet.“¹⁸ Die Ausstellung wurde somit durchaus als ein Mittel im deutsch-dänischen Nationalitätenkampf angesehen. Der preußische Innenminister mahnte dagegen, dass mit der Ausstellung „andere als patriotische Zwecke nicht verfolgt werden“ sollten: „Im übrigen empfiehlt es sich, den politischen Charakter des Unternehmens möglichst in den Hintergrund treten zu lassen und der Ausstellung hauptsächlich das Gepräge einer militärischen Gedächtnisausstellung zu geben.“¹⁹ In dieselbe Richtung einer eher ‚unpolitischen‘ Ausstellung gingen später auch die Vorstellungen des Ausschusses der Ausstellung, der am 4. Februar 1913 als wichtigste Grundsätze bei der Erarbeitung der Ausstellung vorsah: „1. Es soll schlichte Größe deutscher Männer von uns mit warmem Herzen gezeigt werden. 2. Es soll vorurteilslos, soweit schuldig, den Dänen Anerkennung ihrer militärischen Leistungen zugestanden werden. Letzteres ist

ausdrücklicher Wunsch der Veteranen.“²⁰ Offensichtlich war man sich der Provokation der dänischen Bevölkerung vor Ort durch eine derartige Ausstellung durchaus bewusst und versuchte, diese möglichst gering zu halten, was man, nach Meinung des Ausschusses, bis zu diesem Zeitpunkt auch erreicht hatte: „Deshalb hat die dänische Presse der Nordmark bei Besprechung dieser Sache sich durchaus ruhig verhalten.“²¹ An anderer Stelle in Berlin sah man dieses offensichtlich etwas anders, so bemerkte der Geheime Oberregierungsrat Lenz aus Berlin trotzig und in typisch nationalistischer Überheblichkeit am 28. Dezember 1912 zu den Plänen einer Düppelausstellung, ein solches Museum würde „bei der gesamten Bevölkerung Schleswig-Holsteins, soweit sie nicht deutschfeindlich gesinnt ist, sicher großen Beifall finden [...] Vaterländische Gedenktage in würdiger Weise zu feiern, wird den Schleswig-Holsteinern ebensowenig wie anderen Teilen der deutschen Nation verwehrt sein, selbst wenn das einer Minderheit von Staatsgenossen, deren Herz einer anderen Nation gehört, nicht passen sollte.“²² Die Ausstellungsmacher dachten inzwischen schon sehr konkret über die in das Museum aufzunehmenden Gegenstände nach: Als Grundstock sollte das Material des Heimatmuseums in Düppel übernommen werden, dazu sollten dann bildliche Darstellungen der Kämpfe und der kämpfenden Personen, typische Waffen, Originalphotographien, Karten sowie Modelle, Uniformen und andere aussagekräftige Gegenstände kommen. An schriftlichen Quellen wollte man sowohl die entsprechenden amtlichen Befehle, die Korrespondenz der Hauptbeteiligten, Urkunden sowie schriftliche Erinnerungen von Soldaten sammeln. Neben dem Museum sollte ferner eine Bibliothek gegründet werden, die alle Literatur zu 1864 sowie Kriegstagebücher sammeln sollte. Der „Ausschuß zur Gründung eines Düppelmuseums“ veröffentlichte wenig später einen gedruckten Aufruf, in dem er alle beteiligten Stellen und auch Privatpersonen zur Mitwirkung beim Zusammentragen der oben genannten Ausstellungsstücke aufforderte.

In der Folge wurden zahlreichen Veteranen die Pläne erläutert und diese wurden um Unterstützung gebeten. Amtsrichter Ewoldt besuchte auch einige einflussreiche Persönlichkeiten, insbesondere führende Veteranen von 1864, und bat um Unterstützung und besprach mit einzelnen Museen die Überlassung von Leihgaben. In einem umfangreichen Bericht von Ewoldt hieß es beispielsweise über einen Besuch bei einem Generalleutnant Becker: „Sr. Exzellenz besitzt eine Reihe interessanter Erinnerungen und lebhaftes Interesse an dem Plan, und war auch bereit, später das Originaltagebuch von 1864 nicht zum öffentlichen, wohl aber zur privaten vertraulichen Information leihweise zu überlassen.“²³ Am 11. Januar 1913 tagte dann der geschäftsführende Ausschuss des Düppelmuseums in Berlin und beschloss zum einen, das ursprüngliche Pro-

gramm insoweit zu erweitern, dass nicht nur die Erinnerungen an Düppel und Alsen, sondern Erinnerungen an den gesamten Krieg 1864 gesammelt werden sollten. Zum anderen wurde beschlossen, dass das „Düppelmuseum 1914 in der Form: ‚Düppel- Gedächtnisausstellung 1914‘ ins Leben treten [soll], deren Kern dauernd in Sonderburg erhalten bleibt.“²⁴ Am 18. April 1913, also am 49. Jahrestag der Düppel- Schlacht, ließ der geschäftsführende Ausschuss dann einen Aufruf zur Unterstützung der Ausstellungsmacher an die „Schleswig-Holsteiner!“ ergehen.²⁵ Ausführlich wurden in diesem Aufruf auch die Ziele der Ausstellung beschrieben: „1. Die Ausstellung soll die stolze Erinnerung an die großen Siege lebendig erhalten. 2. Sie soll den Krieg 1864, insbesondere die Entscheidungskämpfe von Düppel und Alsen, und die Feuertaufe der neugeschaffenen Marine darstellen. 3. Sie ist besonders auf die Mitarbeit der noch lebenden Veteranen von 1864 zu begründen. 4. Sie soll auch der tapferen Gegner ehrend gedenken.“²⁶ Die persönlichen Erinnerungsgegenstände und -berichte sollten „neben dem tiefen Ernst und dem bitteren Schmerz auch die strahlende Siegesfreude des Krieges erkennen lassen, und zeigen, daß der Krieg die höchste Anspannung der körperlichen und sittlichen Kräfte eines Volkes verlangt.“²⁷

Großen Wert legte man auf eine qualitätvolle Präsentation: „Die Ausstellung soll unter Beihilfe erster Fachmänner mit den Mitteln moderner Anschauungstechnik sorgsam ausgeführt werden, um anschaulich und allgemein verständlich zu sein.“²⁸ Zu den „modernen Anschauungsmitteln“ zählte man beispielsweise „künstlerische Modelle, wie zum Beispiel Reliefpläne des Düppelsturmes und des Ueberganges nach Alsen, das Modell einer Schanze und des Panzerschiffs Rolf Krake, sowie Uniformfiguren, und sodann die am Gegenstand selbst angebrachte kurze klare Erläuterung, die die Hauptsachen darlegt und die Einzelheiten verständlich macht.“²⁹ Als Fachkräfte wurden Museumsfachleute aus Kiel, Flensburg und Berlin gewonnen.³⁰

Die Bemühungen, Material für die Ausstellung zusammenzubringen, waren offensichtlich erfolgreich. Am 26. Februar vermeldete Ewoldt, dass schon 500 Sachschenkungen eingegangen seien, einen guten Monat später, am 1. April, berichtete er, dass Prinz Heinrich „der der Sache lebhaftes Interesse entgegenbringt, [...] z.B. die Originalbilder seiner hochseligen Mutter, von Düppel und Alsen, die ihm selbst von unschätzbarem Werte sind, für die Ausstellung gütigst zur Verfügung gestellt“ habe.³¹ Aus einem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, v. Bülow, vom 27. März 1914 geht hervor, dass die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung in Sonderburg in den vorangehenden Monaten „nach jeder Richtung hin gefördert“ worden sei und dass die Ausstellung damit „eine wirkungsvolle Kundgebung des

Dankes an das Heer der Einigungskriege in künstlerisch höchster Form werden wird.“³² Aus dem Bericht ergibt sich, dass die Planungen für die Ausstellung in der Tat schon sehr weit gediehen waren und sehr konkrete Formen angenommen hatten. Der Ausschuss beantragte beim preußischen Staat eine Unterstützung in Höhe von 20.000 Mark, die Gesamtkosten der Ausstellung wurden mit 70.000 Mark veranschlagt. Als geplanten Eröffnungstermin nannte der Ausschuss Anfang Juni. Vom 6. bis 8. Mai berichtete die lokale Presse, dass die Arbeiten für die Düppel-Gedächtnisausstellung schon weit fortgeschritten seien, beschrieben wurden der Umbau des ‚Exerzierschuppens‘, in dem die Ausstellung stattfand, und die Übersendung mehrerer Geschütze aus dem Zeughaus in Berlin.³³ Am 13. Mai 1914 berichteten die Flensburger Nachrichten dann von verschiedenen Kunstwerken, die auf der Ausstellung zu sehen seien und - am 16. Mai dann - von diversen Schiffsmodellen.³⁴

3. Die Eröffnung der Ausstellung

Als Termin für die Eröffnung der Ausstellung wurde schon sehr früh der 29. Juni, der Jahrestag des Übergangs nach Alsen, ins Auge gefasst. Die Eröffnung sollte somit im Rahmen der allgemeinen Feierlichkeiten an diesem Tag stattfinden. Die Flensburger Nachrichten berichteten am 29. Mai 1914, die Ausstellung sei bereits vier Wochen vor dem angestrebten Eröffnungstermin so weit fertiggestellt, dass sie schon ab Pfingsten-im Jahr 1914 am 31. Mai-für das Publikum freigegeben werden könne.³⁵ Diese „Voreröffnung“ fand am 30. Mai 1914 statt.³⁶ Anwesend war dabei keine Prominenz, lediglich „die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse und einige Vertreter der schleswig-holsteinischen Presse“. Die Ausstellung eröffnete „Se. Exzellenz Generalleutnant z. D. Rathjen aus Straßburg“, der an der Gestaltung der Ausstellung maßgeblich beteiligt war. Rathjen hielt aus diesem Anlass auch eine Rede, in der er nach einem Bericht der Sonderburger Zeitung Folgendes ausführte: „Von anderen Ausstellungen unterscheidet die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung sich, zum Vorteil möge man sagen, dadurch, daß sie nicht eine systematisch gegliederte Anlage sei, erfüllt von vielen Zahlen und geschichtlichen Daten. Ihr sei der Stempel der Persönlichkeit aufgedrückt. Die Individualität des einfachen Soldaten komme zu ihrem Recht wie die des Feldherrn, dessen Name in breiter Öffentlichkeit glänzt. Das ganze Kriegsleben ziehe an dem Beschauer vorüber. Der Krieg sei ein Uebel. Jedoch die Ausstellung erscheine dazu angetan, Respekt vor der Ethik des Krieges zu erwecken. Der Krieg sei und bleibe Mittel zur Staatserhaltung und Friedenserhaltung. Mit dem Wunsche, daß die Ausstellung ihren Zweck erfüllen möge: in den alten Mitkämpfern die Erinnerungen aufzufrischen, dem jungen Geschlecht

die Taten der Väter zu vergegenwärtigen und es an die Pflicht zur Dankbarkeit zu gemahnen, erklärte [der] Redner die Ausstellung für provisorisch eröffnet.⁴³⁷ Zu diesem Zeitpunkt fehlten in der Ausstellung lediglich einige Objekte.

Die „hiesigen Schulen“ wurden als erste durch die Ausstellung geführt. An den beiden Pfingsttagen besuchten insgesamt schon etwa 1000 Personen die Ausstellung. Am 4. Juni nahmen Teilnehmer der in Kiel tagenden Deutschen Lehrerversammlung die „provisorisch geöffnete“ Ausstellung in Augenschein.³⁸ Ebenfalls vor der offiziellen Eröffnung sah sich auch Prinz Heinrich von Preußen mit seiner Frau am 15. Juni die Ausstellung an, ebenso wie die beiden Enkel Bismarcks.³⁹ Am 18. Juni besuchten 1000 Schulkinder aus Flensburg die Ausstellung.⁴⁰ Offiziell eröffnet wurde die Ausstellung dann am 27. Juni: „Die Düppelfeier wurde eröffnet durch die Weihe der Düppelausstellung, die um 2 1/2 Uhr in der Ausstellungshalle auf dem Schloßplatze durch Se. Hoheit den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein in Gegenwart einer glänzenden Festversammlung erfolgte. Anwesend waren der Oberpräsident, der Regierungspräsident, die Generalfeldmarschälle Graf Haeseler und v.d. Goltz, Landwirtschaftsminister a.D. v. Podbielski, Vertreter der Stadt, Offiziere der Station Sonderburg und die Veteranen.“⁴¹ Der Leiter der Ausstellung, Amtsrichter Dr. Ewoldt, hielt daraufhin eine Ansprache. Die Ausstellung sei aufgebaut worden, „um uns aus der Kleinlichkeit des Alltagslebens einmal zum Vollgefühl der Größe unseres Volkes erheben zu können.“⁴² Die Ausstellung solle ein Bild von 1864 vermitteln, „das uns nicht nur den gewaltigen Ernst unserer Lebensaufgabe zeigt, sondern auch klar dartut, worauf Deutschlands Größe beruht. Es ist die tiefe, echte Sittlichkeit, die unbedingte Pflichterfüllung und die unermüdliche deutsche Arbeit, die fast aus jedem Gegenstand zu uns spricht.“⁴³

Die Ausstellung war an Wochentagen von 8.30 Uhr bis 19.30 Uhr geöffnet, an Sonntagen von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Der Eintritt betrug 50 Pfennige, Militär und Kinder zahlten 30 Pfennige, für Vereine und Schulen gab es ermäßigte Preise. Vielfach wurde in den Zeitungen auch berichtet, wer die Ausstellung besuchte. An erster Stelle wurden dabei natürlich die prominenten Gäste genannt: Herzogin Ernst Günther, begleitet von Herzogin Dorothea von Schleswig-Holstein am 2. Juli, Herr Krupp von Bohlen-Halbach am 12. Juli oder Se. Hoheit Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg am 18. Juli.⁴⁴

Sehr häufig genannt wurden jedoch auch Schulklassen: das Lehrerinnenseminar Augustenburg am 2. Juli oder die Schülerinnen der Volkshochschulen von Mohrkirch-Osterholz, Tingleff und Norburg am 15. Juli.⁴⁶ Über den Besuch der letzteren Gruppe hieß es weiter in den „Flensburger Nachrichten“: „Es war sichtliche Ueberraschung und weihevoller Begeisterung in den jugendlichen Gesichtern zu lesen, wie man unter bewährter Führung und eingehender Erklärung von

Raum zu Raum schritt, um schließlich noch einmal in dem Dettmann-Gemälde einen unvergeßlichen Eindruck von der großen Düppeltat in sich aufzunehmen.⁴⁶ Wie an zahlreichen anderen Beispielen in der Kaiserzeit, insbesondere im Ersten Weltkrieg, nachzuweisen, gehörten Ausstellungen immer wieder zum politischen Anschauungsunterricht von Schülerinnen und Schülern.⁴⁷ Zahlreich waren auch die Besuche von Besatzungen einzelner Kriegsschiffe, so z.B. 100 Mannschaften S.M.S. München am 14.7.1914.⁴⁸ Auch Besuche von verschiedenen Vereinen, so z.B. vom Husbyer Kampfgenossen- und Kriegerverein und vom Husbyer Gesangverein Fidelitas wurden in den Zeitungen eigens erwähnt.⁴⁹

4. Ein Gang durch die Ausstellung

Als Gebäude für die Ausstellung war das „Exerzierhaus beim Schloß in Sonderburg“ mit 800 qm Grundfläche gewählt worden, das jedoch zu diesem Zweck noch umgebaut wurde: Durch eine Holzkonstruktion im Inneren wurden insgesamt fünf Räume geschaffen.⁵⁰

Der erste Raum der Ausstellung war der Darstellung der Vorgeschichte des Krieges von 1864 gewidmet.⁵¹ Präsentiert wurden Gemälde von Angehörigen des Schleswig-Holsteinisch-Augustenburgischen Fürstenhauses sowie der beiden dänischen Könige Friedrich VII. und Christian IX. Diese Gemälde illustrierten die Auseinandersetzung um die eiderdänische Verfassung als Anlass für den Krieg. Eine Gruppe von Originaldokumenten bezog sich daneben auf die preußische Heeresreorganisation. Anschauliches Material boten Modelle von Geschützen und Gewehren. Dazu traten Gemälde der Hohenzollern, von Feldherren und Gemälde von Staatsmännern von Menzel sowie deren persönliche Erinnerungsgegenstände. Der zweite Raum veranschaulichte den Krieg bis zur Schlacht von Düppel. Auch hier fanden sich wieder Gemälde: König Wilhelm I., Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Friedrich Karl und der österreichisch-ungarische Kaiser Franz Josef wurden hier präsentiert, daneben auch Gemälde von Bismarck, Moltke und Roon sowie verschiedene Erinnerungsstücke dieser und anderer Personen. Besonders hervorgehoben wurde im Ausstellungsführer beispielsweise ein „Brief eines Augenzeugen über den Tod Klinkes.“⁵² Pionier Klinker wurde aufgrund seiner Selbstopferung bei der Erstürmung der Schanze 2 als einer der größten Helden des Krieges von 1864 verehrt.⁵³ In diesem Raum waren auch Figuren eines preußischen und eines dänischen Soldaten aufgestellt. Eigens angefertigte Puppen mit „charakteristischen Köpfen“ hatte man in Originaluniformen gesteckt.⁵⁴ Auch hier fanden sich wieder Originaldokumente,

so zum Beispiel ein Telegramm Wrangels. Verschiedene Holzstiche und Gemälde boten Darstellungen der ersten Kampfhandlungen. Vervollständigt wurde die Darstellung durch die Präsentation von massiven Geschützen: ein 24-pfündiges Festungsgeschütz, ein 25-pfünder Mörser sowie ein preußisches 6-pfündiges Feldgeschütz waren hier zu sehen.

Der dritte Raum der Ausstellung, der sog. „Düppelraum“, bildete den Mittelpunkt der Ausstellung.⁵⁵ Dominiert wurde dieser Raum von einem Reliefplan der Düppelstellung, also einer plastischen Darstellung, im Maßstab 1:1000. Diese Darstellungsform galt für eine Ausstellung als hochmodern. Das Modell war von einer Berliner Firma angefertigt worden, es war drei Meter lang und vier Meter breit. Das Modell stellte genau den Augenblick dar, „wie die sechs Sturmkolonnen aus der letzten Parallelen hervorbrechen“, wie es in einer äußerst genauen Beschreibung der „Kölnischen Zeitung“ hieß, die die „Sonderburger Zeitung“ nachdruckte.⁵⁶ Ein weiteres Modell, das in der Flensburger Kunstgewerbeschule angefertigt worden war, zeigte die dänische Schanze II. Originalzeichnungen eines Flaupmanns illustrierten die Belagerung der Düppeler Schanzen. Einen Eindruck von der Anlage der Schanzen konnten die Besucher hier auch durch zahlreiche Fotografien erhalten, wahrscheinlich verbergen sich hinter diesen wieder die Fotografien von Friedrich Brandt. Die Auseinandersetzungen um die Schanzen dokumentierten auch hier wieder zahlreiche Gemälde, so zum Beispiel Wilhelm Camphausens „Sturm der 35er auf Schanze II“, das sich im Eigentum des Kaisers befand und hier erstmals einer großen Öffentlichkeit gezeigt wurde.⁵⁷ Es wurde im Ausstellungskatalog als „das bekannteste Bild des Düppelsturms“ titulierte.⁵⁸

Der vierte Raum, der sog. „Alsenraum“, war den Vorgängen beim Übergang des Heeres nach Alsen und den Kämpfen auf Alsen Vorbehalten.⁵⁹ Auch hier fand sich ein Reliefplan: Er war drei Meter lang und 2,80 Meter breit und war vom Sonderburger Kapitänleutnant Rietzsch in Gips im Maßstab 1:3000 angefertigt worden.⁶⁰ Verschiedene Gemälde präsentierten auch hier unterschiedliche Kampfszenen, unter anderem war hier Wilhelm Camphausens Gemälde „Der Übergang nach Alsen“ zu sehen.

Eine besondere Abteilung in diesem Raum war dem Seekrieg gewidmet: Gemälde und Zeichnungen zeigten die Gefechte bei Jasmund und Helgoland. Daneben präsentierte man hier ein Modell des dänischen Panzerschiffs ‚Rolf Krake‘ und mehrere Modelle preußischer Schiffe. Eine besondere Abteilung thematisierte daneben die Marine. Ewoldt hob hervor, dass 1864 die dänische Marine der preußischen noch weitaus überlegen gewesen sei und die Ostsee beherrscht habe, was sich in den letzten fünfzig Jahren jedoch gründlich geändert habe, und zog daraus auch Schlussfolgerungen: „Der Gegensatz, in dem

Bilde unserer Marine von 1864 und von 1914 läßt an diesem sprechenden Beispiele ahnen, welche Arbeit unser Volk in den verflossenen 50 Jahren geleistet hat.⁶¹ Der fünfte und letzte Raum der Ausstellung war als ‚Ehrenhalle‘ konzipiert. Dominierend war hier das dreiteilige Monumentalgemälde „Der Düppelsturm“ von Ludwig Dettmann im Format 2,5 Meter mal 15 Meter. Der Mittelteil stellte den Düppelsturm dar, auf einem Seitenteil waren schleswig-holsteinische Jugendliche zu sehen, die an einem Altar mit der Aufschrift „Op ewig ungedeelt“ einen Treueschwur ablegen. Auf dem anderen Seitenteil schmückte eine Gruppe, „die schleswig-holsteinischen Stämme versinnbildlichend“, einen Gedenkstein. Aus einem zeitgenössischen Bericht geht hervor, dass dieses Gemälde aufgrund des „nahezu brutal wirkenden Realismus“ stark umstritten war.⁶²

Der oben erwähnte ansonsten äußerst genaue Bericht der ‚Kölnischen Zeitung‘, den die ‚Sonderburger Zeitung‘ nachdruckte, ging in seiner Beschreibung über dieses Gemälde recht schnell hinweg und bemerkte zusätzlich: „Freunde modernster Kunst werden Wohlgefallen an dieser urkräftigen Darstellung finden.“⁶³

In einem Bericht über die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung in der überregionalen Zeitschrift „Daheim“, die Dettmanns Gemälde in den Mittelpunkt ihrer Darstellung stellte, wurde das Bild jedoch hoch gelobt: Dettmann zeige sich damit „auf einer Stufe der Meisterschaft, die alle Erwartungen übertrifft“, und über das Bild selbst hieß es: „ein Bild, das besser zusammenfaßt, was den preußischen Geist ausmacht, als alles, was darüber geschrieben ist. Nur jemand, der das Meer liebt und kennt, konnte dies Bild malen, nur einer, der im tiefsten Herzen deutsch und vaterländisch gesinnt ist, nur einer, der ein Herz hat auch für den unterlegenen Feind.“⁶⁴

Die Seitenwände der Ehrenhalle nahm ein Veteranenfries ein. Hier fanden sich die Fotografien von fast 1500 Kriegsteilnehmern von 1864, nach Regimentern geordnet: sowohl preußische, österreichische, sächsische und hannoversche als auch dänische Soldaten. Die ‚Kölnische Zeitung‘ bemerkte dazu: „Dieses Sanktuarium ist ein Werk der Frau Dr. Ewoldt, der jugendlichen Gattin des intellektuellen Urhebers der ganzen Ausstellung. Sammlung und Ordnung der fast 2000 Bilder stellte eine besondere Aufgabe, deren Lösung der Kunstsinn und der unermüdliche Fleiß eines fein empfindenden Frauengemüts zu bewältigen am ehesten vermochte.“⁶⁵

5. Reaktionen auf die Ausstellung

Auffällig ist, dass die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung sehr stark auch überregional wahrgenommen wurde. In mehreren Artikeln auswärtiger Zeitungen wurden

Berichte über die Ausstellung wiedergegeben, so zum Beispiel - wie oben zitiert - in der „Kölnischen Zeitung“.⁶⁶ Der Zeitpunkt des Erscheinens verrät, dass die Ausstellung offensichtlich schon vor der offiziellen Eröffnung für großes Interesse sorgte.

Die Sonderburger Zeitung druckte auch eine Stellungnahme des Kopenhagener Professors Karl Larsen nach, die dieser in einem Artikel in der dänischen Zeitung ‚Politiken‘ abgegeben hatte - unter dem Titel: „Ein dänisches Urteil über die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung.“⁶⁷ Larsen bescheinigte der Ausstellung dort unter anderem: „Man ist augenscheinlich darauf bedacht gewesen, seinem damaligen Feinde alle mögliche Ehre zu erweisen und jeden Spott und alles Verletzende fernzuhalten - nach meiner Ansicht etwas zum Schaden für den historischen Wert der Ausstellung.“ Nach diesem Urteil gingen die Ausstellungsmacher also sogar zu positiv mit den dänischen Gegnern von einst um - ein Urteil, das die Ausstellungsmacher mit höchster Genugtuung aufgenommen haben dürften, zumal es sich bei Karl Larsen um einen bekannten und anerkannten Vertreter des dänischen Geisteslebens handelte.

Von der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs dürfte eine solche Ausstellung, die ja trotz allem den preußisch-österreichischen Sieg verherrlichte, dennoch vielfach als Provokation empfunden worden sein. In der offiziellen Presse hatten derartige Stimmen aber wohl keine Chance, sich Gehör zu verschaffen. Über die Ausstellung wurde in der dänischen Presse in Schleswig-Holstein offensichtlich kaum berichtet. Die Zeitung „Flensburg Avis“ brachte lediglich eine kleine Meldung, die die Ausstellungseröffnung kurz erwähnte.⁶⁸

6. Das Ende der Ausstellung

Wie aus einem Schreiben vom 30. 8. 1914 hervorgeht, wurde die Ausstellung wegen des Krieges am 1. August 1914 geschlossen, die Ausstellungsstücke wurden eingelagert.⁶⁹ Die ursprünglichen Pläne, ein Düppel-Museum zu schaffen, hatten sich also zerschlagen. Ein Bericht vom Februar 1915 bedauerte diese Entwicklung: „Wie die Untat von Sarajewo den Abschluß der Sonderburger Festtage überschattete, so wurde leider auch die [...] Düppel-Gedächtnis-Ausstellung durch die hochpolitischen Ereignisse stark beeinträchtigt. Nach kaum achtwöchigem Dasein mußte sie vorzeitig ihre Pforten schließen“.⁷⁰ Vom gleichen Autor wurde die Besucherzahl auf mehrere Tausend geschätzt. Die Ausstellungsstücke waren überwiegend Leihgaben, sie wurden nach dem Ende der Ausstellung von den Leihgebern zurückgefordert. Das Heimatmuseum in Sonderburg erhielt jedoch die Reliefpläne und die Modelle der Schiffe ‚Arkona‘

und ‚Rolf Krake‘ sowie einige andere Gegenstände, die in die Kriegssammlung des Museums aufgenommen wurden und teilweise noch heute im Museum im Sonderburger Schloss bewundert werden können.

Anmerkungen

- 1 Kennan, George F.: Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890, Frankfurt a. M. u.a. 1981, S. 12.
- 2 Landesarchiv Schleswig (LAS), Abt. 301, Nr. 2392, 26. 8. 1912.
- 3 Ewoldt: Düppel und die Gedächtnisausstellung in Sonderburg, in: Deutschland. Zeitschrift für Heimatkunde und Heimatliebe, Jg. 5, 1914, Nr. 5, S. 169-171, hier: S. 170.
- 4 Flensburger Nachrichten, 8. 4. 1914.
- 5 Flensburger Nachrichten, 14. 4. 1914.
- 6 Flensburger Nachrichten, 18. 4. 1914.
- 7 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 23. 5. 1913.
- 8 Flensburger Nachrichten, 16. 6. 1914; 29. 6. 1914.
- 9 Flensburger Nachrichten, 29. 6. 1914.
- 10 Flensburger Nachrichten, 29. 6. 1914.
- 11 Flensburger Nachrichten, 29. 6. 1914.
- 12 Flensburger Nachrichten, 30. 6. 1914.
- 13 Steen, Uwe: Friedrich Brandt. Ein Pionier der Photographie in Schleswig-Holstein, Heide i. H. 1989 (Schriften der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek; 10), S. 5; Abb.1 „Preußische Soldaten nach der Stürmung“ = Abb. 70 bei Steen, Abb. 2 = Abb. 27 bei Steen.
- 14 Bremen, Walter von: Düppel und Alsen, Schleswig-Holsteins Befreiung 1864. Ein vaterländisches Gedenkbuch zur Fünfzigjahrfeier der Befreiung Schleswig-Holsteins, hrsg. vom Kaiser-Wilhelm-Dank, Berlin: Kameradschaft, [1914]. - Dose, Johannes: Düppel. Ein Kriegsroman aus dem Jahre 1864, Wismar 1914. - Dose, Johannes: Der Trommler von Düppel. Erzählung aus der Nordmark, München ²1914. (Julius Lohmeyers Vaterländische Jugendbücherei für Knaben und Mädchen; 13). - Herzog, Rudolf (Hrsg.): Düppel 1864 -1914: Rückschau und Ausblick, Potsdam 1914. - Weberstedt, Hans: Düppel, den tapfern Streitern zur Ehre, der deutschen Jugend zur Lehre, Leipzig 1914 (Jungdeutschland; 15). - Wiggert, Friedrich: Meine Erlebnisse bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen am 18. April 1864. Zur Erinnerung an d. 50-Jahrfeier, Ketzin a.H. 1914.
- 15 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, Pfingsten 1912.
- 16 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, Pfingsten 1912.
- 17 Ewoldt (wie Anm. 3), S. 170.
- 18 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, Pfingsten 1912.
- 19 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 16. 8. 1913.
- 20 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 4. 2. 1913.
- 21 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 4. 2. 1913.
- 22 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 28.12.1912.

- 23 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 26. 9. 1912.
- 24 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, o. Dat.
- 25 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 18. 4. 1913.
- 26 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 18. 4. 1913.
- 27 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 18. 4. 1913.
- 28 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 4. 2.1913.
- 29 Ewoldt, W.: Die Düppelfeier 1914 und die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung in Sonderburg, in: Schleswig-Holsteinischer Kunstkalender, 1914, S. 52-61, hier: S. 59f.
- 30 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 12. 9. 1913.
- 31 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 26. 2. 1913, 1.4. 1913.
- 32 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 27. 3. 1914.
- 33 Sonderburger Zeitung, 6.5.1914; Flensburger Nachrichten, 7.5.1914 und 8.5.1914.
- 34 Flensburger Nachrichten, 13. 5. 1914 und 16. 5. 1914; über die Schiffsmodelle berichtete auch die Sonderburger Zeitung: Sonderburger Zeitung, 18. 5.1914.
- 35 Flensburger Nachrichten, 16. 5.1914.
- 36 Sonderburger Zeitung, 2. 6.1914.
- 37 Sonderburger Zeitung, 2. 6. 1914.
- 38 Flensburger Nachrichten, 8. 4. 1914, Deutsche Lehrerversammlung Kiel 1914, Programmheft, o. O. o. J. [Kiel 1914], S. 68.
- 39 Flensburger Nachrichten, 16. 6.1914; Sonderburger Zeitung, 15. 6.1914.
- 40 Flensburger Nachrichten, 20. 6. 1914.
- 41 Flensburger Nachrichten, 27. 6.1914.
- 42 Flensburger Nachrichten, 29. 6. 1914.
- 43 Flensburger Nachrichten, 29. 6.1914.
- 44 Flensburger Nachrichten, 4. 7. 1914, Flensburger Nachrichten, 21.7. 1914
- 45 Flensburger Nachrichten, 4. 7. 1914, Flensburger Nachrichten, 16. 7. 1914.
- 46 Flensburger Nachrichten, 16. 7.1914.
- 47 siehe dazu: Pust, Hans-Christian: „Vaterländische Erziehung“ für „Höhere Mädchen“. Soziale Herkunft und Politische Erziehung von Schülerinnen an höheren Mädchenschulen in Schleswig-Holstein, 1861-1918, Osnabrück 2004, S. 411ff.
- 48 Flensburger Nachrichten, 16. 7.1914,
- 49 Flensburger Nachrichten, 16. 7.1914,
- 50 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 27. 3.1914; Kühler, E.: Die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung, in: Heimat-Blätter für den Kreis Sonderburg. Illustrierte Monatsbeilage der, Sonderburger Zeitung', Jg. 2,1915, Teil I: S. 17-22, Teil II: S. S. 49-61, Teil III: S. 65-76, hier: S. 19; zunächst war geplant worden, die Ausstellung im Rathaussaal der Stadt Sonderburg zu zeigen: LAS, Abt. 302, Nr. 2392,25.10.1912; Flensburger Nachrichten, 9.7. 1914; Sonderburger Zeitung, 29. 5. 1914.
- 51 Einen Überblick über die Inhalte der Ausstellung bietet zum einen der Bericht von Kühler (wie Anm. 50), S. 19ff., sodann auch der offizielle Ausstellungsführer: Kurzer Führer durch die Düppel-Gedächtnis-Ausstellung in Sonderburg, in: Düppel-Gedächtnis-Ausstellung in Sonderburg auf Alsen. Juni-September 1914, veranstaltet von den Veteranen von 1864, o. O. [Sonderburg], o. J. [1914]; Sonderburger Zeitung,

29. 5. 1914; Sonderburger Zeitung, 2. 6.1914.
- 52 Kurzer Führer (wie Anm. 51), o. S.
- 53 Schlürmann, Jan: Falsche Helden - echte Menschen. Zwei Soldatenschicksale im deutsch-dänischen Krieg von 1864, in: Schleswig-Holstein, Nr. 3, 2004, S. 1-3.
- 54 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 20.
- 55 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 49ff.
- 56 Sonderburger Zeitung, 6. 6. 1914.
- 57 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 58.
- 58 Kurzer Führer (wie Anm. 51), o. S.
- 59 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 65ff.
- 60 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 66.
- 61 Ewoldt, W. (wie Anm. 29), S. 59.
- 62 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 75.
- 63 Sonderburger Zeitung, 6. 6. 1914.
- 64 Düppelstürmer und Düppelausstellung, in: Daheim, Jg. 50, Nr. 49,4. 7.1914, S. 7.
- 65 Nachgedruckt in: Sonderburger Zeitung, 6. 6.1914.
- 66 Sonderburger Zeitung, 6. 6.1914.
- 67 Sonderburger Zeitung, 30. 7.1914.
- 68 Flensburg Avis, 3. 6.1914.
- 69 LAS, Abt. 302, Nr. 2392, 30. 8. 1914.
- 70 Kühler, E. (wie Anm. 50), S. 17.

Geschichte als Auftrag

Ansprache zum 60-jährigen Gedenken an die Opfer
des Konzentrationslagers Ladelund

von HEINZ-WERNER ARENS

Anlässlich des 60-jährigen Gedenkens an die Opfer des Konzentrationslagers Ladelund hat die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte der Kirchengemeinde Ladelund am Volkstrauertag (14.11.2004) eine internationale Begegnung organisiert. Nach einem Gottesdienst und den Kranzniederlegungen an den Massengräbern der 300 KZ-Toten fanden sich in der Sporthalle der dänischen Ungdomsskole über 350 Gäste ein - unter ihnen zahlreiche Besucher aus dem niederländischen Dorf Putten, woher 110 der Toten stammen. Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Heinz-Werner Arens, stellte die Bedeutung der Arbeit der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte für unseren demokratischen Rechtsstaat in den Vordergrund seiner Ansprache. Wir geben die Ausführungen im Folgenden wieder.

Die Redaktion

Am heutigen Tag vor 60 Jahren waren über 2.000 Häftlinge aus ganz Europa hier in Ladelund interniert. Männer aus 13 Nationen waren es, die am 1. und 2. November 1944 in das Konzentrationslager nach Nordfriesland gebracht wurden - in Viehwaggons bis nach Achtrup und dann zu Fuß acht Kilometer nach Ladelund. Sie wurden zur Zwangsarbeit herangezogen. Die den Nationalsozialismus kennzeichnende Menschenverachtung war auch hier an der Tagesordnung: Willkür, Misshandlungen und schlechte Versorgung prägten das Lagerleben. 300 Männer verloren ihr Leben in den Wochen bis zum 16. Dezember 1944, als das Lager aufgelöst wurde.

Wir sind heute hier zusammen gekommen, um dieser Männer und mit ihnen aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken. Der heutige Volkstrauertag gibt an vielen Orten Deutschlands den Rahmen für ein würdiges Gedenken. Er hat seit seiner Einführung 1920 eine wechselvolle Geschichte durchlaufen. Die erste staatliche Gedenkfeier zum Volkstrauertag fand 1922 im Reichstag statt. Der Sozialdemokrat Paul Lobe war damals Reichstagspräsident. In seiner Rede rief er zum Umdenken auf und hob hervor: „Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet Abkehr vom Haß, bedeutet Einkehr zur Liebe, und unsere Welt hat die

Liebe not..." Paul Lobe, Jahrgang 1875, konnte damals noch nicht ahnen, dass mit dem Nationalsozialismus eine totalitaristische Vernichtungsmaschinerie ungekannten Ausmaßes noch folgen sollte. Aber er hat es miterleben müssen und sich im Widerstand dagegen engagiert.

Der Nationalsozialismus hat auf unvergleichliche Weise Menschenvernichtung zum politischen Programm gemacht. Die Philosophin Hannah Arendt, selbst von den Nazis ins Exil gezwungen, hat dies schon 1945 treffend auf den Punkt gebracht: „Niemals, weder im Altertum, noch im Mittelalter, noch in der Neuzeit, war Vernichtung ein ausformuliertes Programm und deren Durchführung ein hochorganisierter, bürokratischer und systematischer Prozeß.“ Fünf Jahre später macht Hannah Arendt dann jedoch bei einem Besuch in Deutschland eine erschreckende Feststellung. Sie schreibt: „Doch nirgends wird dieser Alptraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird weniger darüber gesprochen als in Deutschland. Überall fällt einem auf, daß es keine Reaktion auf das Geschehene gibt, aber es ist schwer zu sagen, ob es sich um eine irgendwie absichtliche Weigerung zu trauern oder um den Ausdruck einer echten Gefühlsunfähigkeit handelt.“ Verbittert stellt sie fest: „Der Durchschnittsdeutsche sucht die Ursachen des letzten Krieges nicht in den Taten des Naziregimes, sondern in den Ereignissen, die zur Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies geführt haben. Eine solche Flucht vor der Wirklichkeit ist natürlich auch eine Flucht vor der Verantwortung“, betont Hannah Arendt 1950.

Wir wissen heute, dass die ersten Jahre und Jahrzehnte der Nachkriegszeit vom Verdrängen und Vergessen geprägt waren. Die Menschen wollten einen Neuanfang. Natürlich gab es auch viele Täter, denen es entgegenkam, dass ihre Gräueltaten ungeahndet blieben. Bis in unsere Tage hinein zieht sich daher die juristische Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung ist eine weiter bestehende Pflicht, der wir auch heute hier nachkommen. Indem wir um die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft trauern, übernehmen wir eine politische und gesellschaftliche Aufgabe. Die Trauer ist unsere Motivation, unser Antrieb, aktive Friedensarbeit zu leisten. Hierin Ladelund hat man sehr früh erkannt, dass die Einrichtung einer Gedenkstätte notwendig ist. In dem Jahr, in dem Hannah Arendt die allgemeine Verdrängung der Ereignisse in Deutschland beschrieb, wurde hier die erste KZ-Gedenkstätte in Deutschland gegründet. Seit 1950 wird hier neben dem Gedenken auch Begegnungsarbeit geleistet. Das ist eine Tradition, auf die sie stolz sein können und die weiter unterstützt werden muss. „Die Forderung, dass *Auschwitz* nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung“ - so hat es Theodor W. Adorno 1966 in einem Vortrag postuliert. Darin stellt er weiterhin fest: „Menschen, die blind in Kollektive sich einordnen, machen sich selber

schon zu etwas wie Material, löschen sich als selbstbestimmte Wesen aus. Dazu passt die Bereitschaft, andere als amorphe Masse zu behandeln.“

Adornos Mahnung soll uns auch in unseren Tagen eine Lehre sein. Nicht zuletzt die Arbeit der Gedenkstätten ist ein Baustein für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen totalitärer Gewaltherrschaft. Wir werden in den kommenden Wochen im Rahmen des Wahlkampfes in unserem Lande erleben, dass rechtsextremistische Forderungen gestellt werden. NPD und DVU haben sich zusammen getan, um dieses Wählerpotential auszu-schöpfen. Juristisch war der NPD leider nicht beizukommen. Nach den Landtagwahlen in Sachsen und Brandenburg spüren sie Aufwind für ihre totalitären politischen Ideen. Es ist daher aktuell sehr wichtig, vor allem auch jungen Menschen vor Augen zu führen, wo solche Politik endet. Wir können stolz darauf sein, seit 1945 ein demokratisches System etabliert zu haben - und auch die Einheit Deutschlands ist ein Sieg über ein totalitäres System. Aber all das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern bedarf politischer und gesellschaftlicher Anstrengung. Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess, der gemeinsam gestaltet werden muss. Um zu wissen, wohin man gehen will, ist es gut und wichtig, die eigene Geschichte zu kennen und Lehren daraus zu ziehen. Ich will an die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erinnern, die Teil seiner viel beachteten Rede am 9. Mai 1985 waren: „Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahr.“

Lassen Sie uns in diesem Sinne weiter arbeiten und Verantwortung übernehmen -jede und jeder an ihrem und seinem Platz. Die UNESCO hat 1945 in ihre Verfassung folgenden ersten Satz geschrieben: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muß auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“

Dies ist der Auftrag, den die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft uns hinterlassen haben. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Erbe annehmen und unseren Beitrag leisten zu einer friedvollen Welt.

Neue Ansätze sozialdemokratischer Minderheitenpolitik

von ROLF FISCHER/ RENATE SCHNACK

Renate Schnack ist Minderheitenbeauftragte der Ministerpräsidentin. Rolf Fischer ist Vorsitzender des Europaausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag; er gehört dem Vorstand des Grenzfriedensbundes an. Beide engagieren sich seit Jahren in der Minderheitenpolitik und haben sich, auch in den Grenzfriedensheften, zu diesem Problemfeld öffentlich geäußert-stets in der Absicht, die historisch gewachsene Minderheitenpolitik durch neue Perspektiven zu bereichern. Dies gilt auch für die „Kieler Erklärung 2004 der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie“ von Renate Schnack und Rolf Fischer. Als SPD-Mitglieder wollen sie in ihrer Partei, darüber hinaus aber auch im Grenzfriedensbund und einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion ihres Entwurfes anregen. Die Grenzfriedenshefte bieten sich als Forum für eine solche Diskussion an.

Die Redaktion

Die SPD in Schleswig-Holstein verfügt von allen SPD-Landesverbänden über die größten Kenntnisse auf dem Feld der Minderheiten- und Volksgruppenpolitik. Das war für uns Auftrag und Herausforderung zugleich. Denn dieser Tatsache waren wir uns bewusst, als wir uns zusammengesetzt haben, um eine programmatische Initiative auf den Weg zu bringen: Es galt neue und bekannte Grundsätze unserer Minderheitenpolitik festzuschreiben und sie in der Partei zur Diskussion zu stellen. Ausgangspunkt war für uns das 55. Jubiläum der „Kieler Erklärung“ von 1949, die große Bedeutung für die Entwicklung eines durchaus schwierigen Politikfeldes hatte.

Wir haben deshalb am 24. September 2004, also am Jahrestag der parlamentarischen Verabschiedung, zu einer kleinen Feierstunde in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingeladen um dort in enger Verbundenheit mit dem Datum und dem Ort unseren Entwurf für die „Kieler Erklärung 2004“ zu diskutieren. In einem Kreis von Grenzland- und Minderheitenfachleuten aus der SPD wurde an die Bedeutung der Erklärung von 1949 erinnert und unser neuer Entwurf besprochen. Das Ergebnis ist die vorliegende minderheitenpolitische Positionsbeschreibung, die unserem Landesvorsitzenden Claus Möller übergeben wurde.

In den kommenden Monaten wollen wir dieses Papier in der schleswig-holsteinischen SPD vorstellen und auch auf einem Landes- und einem Bundesparteitag debattieren. Über die von uns in Landesprogrammen beschlossene allgemeine Weiterführung der erfolgreichen Minderheitenpolitik hinaus, wären damit erstmals konkrete perspektivische Leitsätze festgeschrieben. Gleichzeitig wird der Informationsstand der Mitglieder erhöht und das Interesse für den Bereich vergrößert. Wir regen an, dass sich auch der Grenzfriedensbund mit der „Kieler Erklärung 2004“ befasst und Stellung bezieht.

Kieler Erklärung 2004
der
schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie

1.

Präambel

Am 24. September 1949 verabschiedete der Schleswig-Holsteinische Landtag die „Kieler Erklärung“. Diese dem Landtag vorgelegte Willenserklärung der sozialdemokratischen Landesregierung war eine mutige minderheitenpolitische Grundsatzentscheidung von hohem Rang für ein gutes Verhältnis zu Dänemark, aber auch von enormer Bedeutung für die Minderheitenpolitik unseres Landes. Über viele Jahre war sie unbestritten das Fundament der Zusammenarbeit mit den Minderheiten. Daran wollen wir in Geist und Wort mit unserer Erklärung anknüpfen.

Dieses Politikfeld hat sich in den vergangenen über fünf Jahrzehnten kontinuierlich und konsequent weiter entwickelt und wird heute vielfach als vorbildlich und sogar als „modellhaft“ in anderen europäischen Ländern bezeichnet. Die Ziele der „Kieler Erklärung“ sind erreicht: Der Grenzkampf wurde überwunden und es besteht ein gut nachbarschaftliches Verhältnis zu Dänemark. Wir haben in den „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ von 1955 verbindliche zweiseitige Garantien zur Weiterentwicklung der deutsch-dänischen Beziehungen gefunden und garantieren heute die Bekenntnisfreiheit zu einer Minderheit oder Volksgruppe. Für die Friesen und die deutschen Sinti und Roma ist mittlerweile eine stabile Grundlage mit einem umfassenden Angebot an minderheitenpolitischen Regelungen realisiert.

55 Jahre nach Unterzeichnung der „Kieler Erklärung“ steht die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein vor den neuen Herausforderungen einer verän-

erten Zeit: Die Europapolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung, die Ost- und Nordseekooperation entwickelt sich weiter und es geht darum, neue Generationen für die Minderheitenpolitik zu gewinnen. Es ist an der Zeit, in eine neue Phase der Minderheitenpolitik einzutreten.

2.

Zehn grundsätzliche Positionen zur sozialdemokratischen Minderheitenpolitik

Deshalb schreibt die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie ihre Grundsatzpositionen einer erfolgreichen Minderheitenpolitik auf der Grundlage der „Kieler Erklärung“ und der „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ fort. Wir erklären, dass die folgenden Punkte in unsere Programmarbeit und in unsere politische Praxis einbezogen und konkretisiert werden. Im ständigen Dialog mit den Minderheiten sollen sie verwirklicht werden.

Die SPD in Schleswig-Holstein erklärt:

I.

Minderheitenpolitik ist für uns Friedenspolitik. Sie ist damit Teil eines breiten gesellschaftlichen Engagements. Wir werden unsere Tradition als Partei der Menschenrechte in unsere Politik für Minderheiten in Schleswig-Holstein einfließen lassen.

II.

Die Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik erhält eine *hohe politische Priorität*. Die Fortschreibung dieses Politikfeldes ist von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung.

III.

Minderheitenpolitik ist eine *Pflichtaufgabe*, die alle Bereiche der Politik berührt und sich grenzüberschreitend entfaltet. Deshalb berufen wir uns auf einen umfassenden und ganzheitlichen Ansatz in unserer Minderheitenpolitik und werden dies überall, besonders auf den politischen Ebenen, sichtbar machen.

IV.

Wir halten am „Bekennnisprinzip“ uneingeschränkt fest. Wir setzen uns deshalb innerhalb der Mehrheitsbevölkerung für die Anerkennung und Achtung des

Eigen- und Andersseins der Minderheiten ein. Wir *lehnen jede Form einer erzwungenen kulturellen Assimilierung ab.*

V.

Wir *halten am politischen Dialog* mit den traditionellen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und auch mit der deutschen Minderheit in Nord-schleswig fest. Ziel ist es, sich miteinander für eine von Respekt geprägte demokratische Gesellschaft einzusetzen.

VI.

Gegenüber *weiteren Gruppen*, die einen Status als „Minderheit“ anstreben, sind wir aufgeschlossen. Sie müssen aber die entsprechenden Voraussetzungen für ihre Anerkennung schaffen. Dazu gehören z.B. ein entsprechendes Selbstverständnis, die Akzeptanz der deutschen Sprache und eine grundgesetzlich legitimierte und demokratisch geführte Organisation.

VII.

Wir wollen Minderheitenpolitik zu einer *Aufgabe des Bundes* machen und dazu mit der Bundespartei einen Dialog führen. Unser Ziel ist eine programmatische Schwerpunktsetzung und wir streben an, einen Bundesparteitag mit dieser Thematik zu befassen.

VIII.

Schutz und Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen ist ein Staatsziel der Landesverfassung Schleswig-Holstein. Wir streben durch eine politische Initiative an, dass auch im *Grundgesetz* der Bundesrepublik dieses Staatsziel verankert werden muss.

IX.

Für uns erhält die Minderheitenpolitik nach der EU-Erweiterung eine neue Qualität. Wir werden in unseren befreundeten Parteien - insbesondere in den Staaten an der Nord- und Ostsee - für eine Minderheitenpolitik werben, deren Ziel das friedliche Neben- und Miteinander von Minderheit und Mehrheit ist. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen Demokratie und Minderheitenrechten: Je geringer die Rechte der Minderheiten, desto brüchiger die Demokratie.

X.

Minderheitenschutz ist eine europäische Aufgabe. Wenn es um die Gestaltung Europas geht, gehören Minderheitenfragen zu den wichtigsten Politikfeldern der Zukunft. Deshalb setzen wir uns weiterhin mit unseren Abgeordneten und mit der Sozialistischen Internationalen für die Verankerung von Schutz und Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen in *der Europäischen Verfassung ein.*

Kiel, den 24. September 2004

Rolf Fischer

Renate Schnack

„Nordfriesische Identität außerhalb der Sprachenidentität?“

4. Dialog Grenzfriedensbund

von *HARRY KUNZ*

Zum „4- Dialog Grenzfriedensbund“, diesmal zum Thema „Nordfriesische Identität außerhalb der Sprachenidentität?“, hatte der Grenzfriedensbund am 26. November in den Rittersaal des Husumer Schlosses geladen.¹ Eine kleine, aber umso engagiertere Zuhörerschaft folgte der Podiumsdiskussion unter der Moderation von Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD-MdL), dem stellvertretenden Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes. Als Experten saßen weiter am Tisch: Ingwer Nommensen, Präsident des Interfriesischen Rates und Vorsitzender des Friesenrates, Sektion Nord - Fräsche Rädj, Lars Flarms (SSW-MdL), Prof. Dr. Thomas Steensen, Direktor des Nordfriisk Instituut und Flonorarprofessor des Friesischen Seminars an der Universität Flensburg, Hans Otto Meier, Vorsitzender des Nordfriesischen Vereins sowie Dr. Konrad Grunsky, Geschäftsführer der Stiftung Nordfriesland. Ulf von Hielmcrone betonte in seiner Einleitung die großen Fortschritte, die das Friesische in den letzten Jahren gemacht habe. Besonders hervorzuheben seien hier die verfassungsmäßige Verankerung der friesischen Volksgruppe als zu schützende und zu fördernde Minderheit in Schleswig-Holstein sowie die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Erst vor wenigen Wochen wurde im Landtag das „Friesisch-Gesetz“ verabschiedet, das - längst überfällig - der friesischen Sprache sichtbaren Ausdruck im öffentlichen Raum verleihen wird. Doch drängten sich hier, so von Hielmcrone, auch die Fragen des Abends auf: „Was ist mit denjenigen, die nicht Friesisch sprechen, die Nordfriesland aber als ihre Heimat betrachten? Gibt es vielleicht auch andere Kriterien, die die Menschen in Nordfriesland untereinander verbinden und Identität begründen können?“

Ingwer Nommensen, qua Amt zurzeit höchster Repräsentant aller Friesen in Europa, kam als erster zu Wort. Der Mensch in Nordfriesland als Individuum gesehen, so seine Hauptdifferenzierung, habe mehrere Identitäten, privat, im Beruf, beim Hobby etc. Für die Friesen als Volksgruppe, wie sie 1998 im Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats festgeschrieben wurde, zitierte er zwei Grundsätze aus dem kürzlich von allen friesischen Vereinen gemeinsam entworfenen „Modell Nordfriesland“² 1. Unser Selbstverständnis als Friesen ist begründet durch die Herkunft, Sprache, Erziehung, Wohnort oder Lebenswelt. Entscheidend ist das persönliche Bekenntnis. 2. Als

friesische Volksgruppe wollen wir unsere Interessen als Friesen gemeinsam vertreten. Im Mittelpunkt unserer kulturellen Arbeit steht die friesische Sprache. Für Nommensen, auch führendes Mitglied der *Frisk Forining*, ist die Sprache vergleichbar den Ständern eines nordfriesischen Flauses, die selbst der größten Sturmflut trotzen und den Rettungsraum darüber tragen, wie es auf jeder Halbigwarft üblich ist. Wenn die friesische Sprache stirbt, so sein Credo, fehlt der Nährboden auch für andere friesische Identitätsmerkmale, „dann wird es die friesische Volksgruppe nicht mehr geben.“

Konträrer konnte auf den ersten Blick der Beitrag von Hans Otto Meier, dem Vorsitzenden des Nordfriesischen Vereins, nicht sein, als er bemerkte: „Friesen sind Bürgerinnen und Bürger, die sich aus bestimmten Gründen als Friese oder Friesin bezeichnen, ganz unabhängig davon, welche Sprache sie sprechen.“ Sein Modell sei eher ein Säulengerüst aus a) den regionalen Sprachen, b) einer regionalen Kultur und Architektur und c) einer regionalen Geschichte. Im Idealfall identifiziere sich ein Nordfriese über alle genannten Faktoren. Im größten Teil des Gebietes, dass er hier vertrete, werde allerdings Plattdeutsch gesprochen, woraus der Schluss folgen müsse: Friesische Identität ist auch ohne friesische Sprache möglich. Grundsatz im Nordfriesischen Verein ist deshalb die Förderung sowohl der friesischen als auch der plattdeutschen Sprache.

SSW-Politiker Lars Harms unterschied zwischen zwei Identitätsmöglichkeiten: über die friesische Sprache einerseits und über alles Weitere wie etwa Abstammung, besonderer regionaler Bezug, Brauchtum etc. andererseits. Zu Darstellung der Situation in Nordfriesland entwarf er ein Modell konzentrischer Kreise. Im innersten Ring finden sich die „knallharten“ Friesischsprecher, darum herum die gebürtigen Nordfriesen und Ähnliche, im dritten Ring Menschen mit freundschaftlicher Gesinnung gegenüber der friesischen Volksgruppe und im äußersten Zirkel schließlich jene ohne friesisches Bewusstsein, „Weltbürger“ genannt. Das elitär anmutende Gedankengebäude wurde durch die Zusage, jederzeit von einem Ring zu einem anderen wechseln zu können, etwas gemildert. Doch galt auch für Harms: „Wenn die friesische Sprache stirbt, stirbt auch die friesische Identität.“

Der Professor des Friesischen Seminars in Flensburg war gefordert, wissenschaftliche Objektivität in die Debatte zu bringen. Thomas Steensen verzichtete auf eigene Modelle und beantwortete die gestellten Fragen folgendermaßen: „Sind nur diejenigen Nordfriesen, die Friesisch sprechen?“ - Nein. Es ist und bleibt die subjektive Entscheidung jedes Einzelnen. „Gibt es weitere Kriterien für eine friesische Identität?“ - Ja, wie eine laufende Untersuchung seines Seminars in Kürze nachweisen wird. Geschichtsbewusstsein, Heimat, Landschaft, Natur, Umwelt und Kultur spielten dabei eine Rolle, soviel durfte schon verraten wer-

den. „Wie hoch ist die Bedeutung einer Sprache?“ - Außerordentlich hoch. Die Sprache ist ein wichtiges Kriterium für die Zugehörigkeit zu einem Volk, wie es wohl auch jeder Deutsche bestätigen wird. Doch hüte man sich vor der Ungleichung: Friesisch sein = Friesisch sprechen. Zu den drei objektiven Kriterien Sprache, Geschichte und Kultur gehöre zur friesischen Identität unabdingbar als subjektives Kriterium die eigene Entscheidung „Ich will dazugehören“, schloss der Wissenschaftler mit Nachdruck.

Konrad Grunsky, der bewusst seine ausgeprägt europäische Abstammung herleitete und vor drei Jahrzehnten von München über Marburg nach Nordfriesland gekommen war, setzte auseinander, welche hohe Bedeutung der Begriff „Wahlheimat“ für einen Menschen haben kann. So sei er von Anfang an von nordfriesischen Natur- und Umweltelementen fasziniert gewesen. Eiderstedt ist von Menschen gemacht, habe er damals gelernt. Durch Deichbau und Landgewinnung! Mit solchem Land, solcher Kultur und solchen Menschen konnte er sich identifizieren. Sein Bekenntnis nach all den beruflichen und privaten Erfahrungen in Nordfriesland lautete: „Ich halte mich für einen Nordfriesen!“

Aus dem Auditorium meldete sich zuerst Thede Boysen, Vorsitzender des Vereins Nordfriesisches Institut, zum Identitätsmerkmal Sprache. Sein Beitrag sorgte für Spannung. „Sprache ist nicht alles, ohne Sprache ist alles nichts.“ Er begründete seine These mit der „Lebendigkeit“ der friesischen Sprache. Sie allein trage das friesische Leben weiter. Sie sei wandlungs- und zukunftsfähig, „Gemeinschaft schaffend ist nur der gleiche Klang in den Ohren.“ Doch „Sprache kostet“, womit der Hinweis an die Politik erging, dass ernst zu nehmende Sprachpflege eine personal- und sachintensive und damit kostenträchtige Angelegenheit sei. Eine Antwort kam postwendend: Und wenn die Sprache in Nordfriesland plattdeutsch klingt? „Sind die Regionen um Husum und Eiderstedt bereits seit Jahrzehnten ausgegrenzt, weil sie kein Friesisch mehr sprechen?“, so Grunsky.

Als weiteres heißes Eisen entpuppte sich der Begriff „Minderheit“. „Wie groß ist eigentlich die Zahl der Menschen in Nordfriesland, die bewusst Minderheit sein will?“, fragte Nils Dahl, Pastor im Ruhestand und ehrenamtlich Engagierter in friesischen und nordfriesischen Angelegenheiten. Und: „Minderheit ist mir zu negativ“, formulierte Prof. Dr. Carl Ingwer Johannsen vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, ehemals Leiter des Freilichtmuseums Molfsee, der mehr Selbstbewusstsein im „nordfriesischen Äußeren“ forderte.

Von Hielmcrone versuchte zu klären: Die Begriffe „Minderheit“ und „Friesische Volksgruppe“ gehören zur politisch-staatlichen Terminologie. Besondere Rechte wie zuletzt durch das Friesisch-Gesetz kann nur eine anerkannte nationale Minderheit erhalten. Und dem Verfasser sei es gestattet hinzuzufügen: „Minderheit“

darf keinesfalls mit „minderwertig“ verwechselt werden. Der Begriff meint nur die im Vergleich zu anderssprachigen Bevölkerungsteilen geringe Anzahl an Friesischsprecherinnen und -Sprechern, Mindretal (Minderzahl) nennen es die Dänen. Und spricht es nicht gerade für den besonderen Wert kleiner Volksgruppen, wenn zumindest europäische Nationalstaaten einiges daran setzen, sie, die Minderheiten mit eigener Identität, gebührend zu schützen und zu fördern? Das war schon mal anders!

Die Friesen in Nordfriesland, zu denen sich jeder zählen darf, der dies will, können als nationale Minderheit unter dem Begriff „Friesische Volksgruppe“ über das Alleinstellungsmerkmal „friesische Sprache“ anerkannt werden. „Sie ist einzigartig unter den westgermanischen Sprachen“, wie es Steensen auf den Punkt brachte. Ein demokratischer Staat unternimmt keine Gesinnungsprüfung. Friesinnen und Friesen kann und will man nicht zählen, ihre friesische Sprache allerdings kann man wahrnehmen - geschrieben, gesprochen und gesungen. Das zählt! Deshalb muss die friesische Sprache bei allen politisch-gesellschaftlichen Angelegenheiten im Vordergrund stehen. Deshalb ist es auch wünschenswert, dass so viele Menschen wie möglich sich dieser Sprache selbstbewusst bedienen. So muss wohl auch die Aussage von Boysen „ohne Sprache ist alles nichts“ verstanden werden. In der Region aber sollte sich niemand deshalb ausgegrenzt fühlen, betonte Nommensen ausdrücklich. Und Meier fügte nochmals hinzu: „Es gibt auch eine friesische Kultur mit plattdeutscher Sprache.“

Hier fand der Abend zur Harmonie zurück. Natürlich sollen alle regionalen Sprachen geschützt und gefördert werden. Jürgen Jensen Hahn, Vorsitzender der Friisk Foriining, warnte davor, einen künstlichen Gegensatz zwischen Friesisch und Plattdeutsch aufzubauen. Auch appellierte er daran, den Begriff „Sprachfrie-se“ zu vermeiden. Es gäbe keine verschiedenen Güteklassen von Friesen. Ihm sei jeder lieb, Friesischsprecher oder nicht, Plattdeutscher oder Hochdeutscher, Däne oder Süderjüte, einfach jeder, der der größten Gefahr, dem Sterben der friesischen Sprache, auf seine Weise entgegenwirke.

Identität ist und bleibt so vielfältig, wie es verschiedene Menschen gibt, lautete sinngemäß das Fazit des Moderators von Hielmcrone, doch hat die friesische Sprache im Besonderen dazu geführt, dass es eine friesische Identität in der Region gibt. „Wir sollten gemeinsam daran Weiterarbeiten.“

Anmerkungen

- 1 Die Veranstaltung wurde durch den Kreis Nordfriesland gefördert.
- 2 Modell Nordfriesland-Modäl Nordfriislon. Perspektiven für die friesische Sprache und

Kultur. Herausgegeben vom Friesenrat - Frische Rädj, Risem-Lonham/Risum-Lindholm, NF, 2004.

Bindestriche

Die Region Sønderjylland/Schleswig bekommt einen neuen Namen. Das Regionskontor verbreitete jüngst eine Mitteilung an die „Lieben Kolleginnen und Kollegen“, man möge doch in Zukunft statt des „/“ ein „-“ verwenden. „Der Bindestrich soll unterstreichen, dass die Verbindung enger geworden ist“, so die Begründung. Schön, dass man im Regionskontor solche Einschätzungen quasi per Dekret feststellen lassen kann. Noch schöner, mit welcher feinsinnigen philologischen Akribie dort um jeden Millimeter deutsch-dänische Gemeinschaft gerungen wird. Dass der Bindestrich etwas unterstreichen soll, ist zwar als Metapher ein wenig schief. Dennoch ist das Unterfangen zu loben, zumal es neuen Spielraum für Interpretationen bietet: Könnte man den Bindestrich nicht auch als Gedankenstrich verstehen? Was wird aus dem Bindestrich, wenn die Region noch dichter zusammenrückt? Verschwindet dann das Schleswig oder das Sønderjylland und wenn beides, in welchen Anteilen? Hier tun sich wieder Möglichkeiten für kleinliche Abgrenzungen auf. Die wollen wir vermeiden, greifen zum Faxe aus dem Grenzhandel, lassen Margrethe hochleben und freuen uns mit dem Regionskontor über jeden „/“, der ein „-“ geworden ist.

Helge Matthiesen, in: Flensburger Tageblatt, 9.10.2004

Immer mehr Dänen ziehen nach Flensburg

Flensburg ist eine liebenswerte Stadt mit einem vielfältigen Kulturangebot und guten Restaurants und Cafés. Die Mieten sind geringer als in Dänemark, und die Autos wesentlich billiger. Dies sind nur einige der Gründe, welche die neu zugezogenen Dänen angeben. Und Flensburg hat offenbar reichlich Vorzüge.

In den vergangenen 12 Monaten sind netto 136 Dänen in die Stadt gekommen, so dass sich die Anzahl der dänischen Staatsbürger auf etwa 2000 erhöht hat. Dies ist eine deutlich Steigerung gegenüber dem Vorjahr, als die Zahl um 60 zugenommen hatte, informiert der Pressesprecher des Rathauses, Thomas Russ. Diese Zahlen gehen aus der Statistik des Bürgerbüros hervor. Obwohl für Thomas Russ nicht unmittelbar ersichtlich ist, welche Ursachen hinter diesen Zahlen stehen, freut er sich sehr darüber, dass Flensburg offenbar eine attraktive Stadt ist – in jedem Fall aus Sicht vieler Dänen.

Beim Flensburger Arbeiter-Bauverein hat man ebenfalls bemerkt, dass der Anteil dänischer Zuzügler in den letzten Monaten deutlich gestiegen ist. Hauptsächlich Wohnungen in den nördlichen Stadtteilen werden von ihnen gesucht. Und das hat

einen ganz bestimmten Grund, meint Helga Weisse, die Leiterin der Abteilung für Vermietung beim FAB: „Viele behalten ihre Arbeitsstelle in Dänemark, und vom Norden der Stadt können sie schnell über die Grenze fahren, ohne dass sie die ganze Stadt durchfahren müssen.“ – „Ein Umzug nach Flensburg bringt viele Vorteile mit sich“, berichtet Klaus Hansen, der vor sechs Monaten seine dänischen Zelte abbrach, um sich in Flensburg niederzulassen. Die Arbeitsstelle nördlich der Grenze hat er behalten, und obwohl er nun länger fahren muss, hat er den Umzug nicht bereut: „Alleine an Miete spare ich beinahe ein paar tausend Kronen monatlich, und in Flensburg als Stadt ist so viel los wie in Nordschleswig über das ganze Land verteilt.“

Flensburg Avis, 21.10.2004

Minderheiten bieten Möglichkeiten für Entwicklung schaffenden Dialog

Vizeamtsbürgermeister Jens Andresen: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit geht weiter. Das stelle an die Minderheiten große Anforderungen, meinte Andresen, denn es sei nicht allein genug, nur im sog. Herbergsstaat zu leben, sondern sie müssten auch über die aktuellen Verhältnisse im sog. Ursprungsland auf dem Laufenden sein. „Hier denke ich an die Politiker der Minderheiten“, sagte Andresen. Mit dem Gepäck beider Seiten hätten sie „die Möglichkeit zu einem Entwicklung schaffenden Dialog“.

Bei der Bildung der Region Sønderjylland-Schleswig 1997 sei die deutsche Minderheit in Nordschleswig positiv dazu eingestellt gewesen, und die dänische Minderheit in Südschleswig habe Vorbehalte gehabt, um nicht zu sagen negativ. „Dasselbe war ich.“

„Ich muss aber erkennen“, gestand Andresen, „dass der Dialog in der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Möglichkeiten geben kann, die wir nutzen müssen, wenn wir in der Zukunft nicht zum äußersten Ende der Welt gehören wollen.“ Trotz mancher Besorgnisse – besonders der deutschen Seite – über die künftige kommunale Struktur Dänemarks werde die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit weitergehen. „Darüber gibt es keinen Zweifel“, betonte Andresen. Dazu gehörten die Stärkung der Kenntnis beider Sprachen, eine Harmonisierung von Ausbildungen und sozialen Verhältnissen, um flexiblen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, sich frei über die Grenze hinweg bewegen zu können, außerdem gemeinsame Umweltvorhaben, gemeinsame Regionalplanung, der gemeinsame Ausbau der Infrastruktur sowie die grenzüberschreitende Nutzung von Einrichtungen im Kultur- und Gesundheitsbereich.

Der Nordschleswiger, 26.10.2004

In Schleswig-Holstein geht die Zahl der Dänischschüler steil nach oben

Für den Deutschunterricht an öffentlichen Schulen Nordschleswigs ist moderneres Unterrichtsmaterial gefordert. „Wir sind durch die europäische Sprachencharta Verpflichtungen zur Förderung der Regionalsprachen Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch eingegangen“, bestätigte Abteilungsleiter Jochen Jacobsen, Bildungsministerium, Kiel. Dänisch könne auch an Grundschulen angeboten werden. In den Hauptschulen sei es additiv und freiwillig, in den Realschulen eine Angebotsalternative zu Französisch, und zwar in den Klassen 7 und 8 als Wahl- und in den Klassen 9 und 10 als Wahlpflichtfach, und in den Gymnasien eine nicht verpflichtende dritte Fremdsprache.

„Dem Ministerium ist der Stellenwert der dänischen Sprache in der Region durchaus bewusst“, unterstrich Jacobsen. „Der jetzige Weg der Freiwilligkeit ist klüger, als mit rechtlichen Verordnungsmaßnahmen die Schulen zu zwingen, etwas zu tun.“ Der Anteil des Dänischen im Schulunterricht ließe sich allein „im Rahmen des Bestehenden erhöhen. Dafür auch durch Überzeugungsarbeit zu werben, werden wir intensivieren“. Die dänischen Minderheitenschulen spielten für Dänisch „tragende Rollen“, seien aber „keine Sprachenschulen“ und ließen sich daher „nicht als Messlatte nehmen“, betonte Jacobsen.

„Weitere Fremdsprachen bilden eine Konkurrenz zu Dänisch“, ergänzte Oberstudienrat Carl Friedrich Tästensen, Bildungsministerium, „trotzdem ist es um die Akzeptanz von Dänisch in den allgemeinbildenden Schulen nicht schlecht bestellt“. Es rücke im Landesteil Schleswig mehr und mehr ins Bewusstsein der Lehrer und Lehrerstudenten.

Brandt-Vorgängerin Anne-Christel Hack, ehemalige IQSH-Landesfachberaterin, nannte Zahlen für das Schuljahr 2002/03 aus dem Landesteil Schleswig: 733 Schüler lernten an drei Gymnasien und fünf Fachgymnasien Dänisch, 2.574 Schüler an 26 Realschulen, 164 Schüler an neun Grund- und Hauptschulen, 98 Schüler an Grundschulen. Im Landesteil Holstein waren es 23 Schüler an drei Gymnasien, 544 Schüler an zehn Realschulen und 48 Schüler an einer Berufsschule.

„Ich habe in 20 Jahren Schuldienst knapp 1.000 Schüler in Dänisch gehabt“, berichtete Hack und verwies auf Lehrmaterial, das sie z.T. selbst in Kooperation mit dem Amtscenter für Unterricht, Apenrade, erarbeitete.

„Ich würde gern sehen, dass Deutsch ein höheres Gewicht schon in der Volksschule erhält“, sagte Regionalratsmitglied Bürgermeister Jørn Lehmann Petersen (Soz.), Broacker, über dessen Stellung in Nordschleswig. „Deutschland ist schließlich unser Nachbarland.“ 95 Prozent aller Schüler erhielten Deutschunterricht. Die deutschen Minderheitenschulen legten hingegen auch Wert „auf Kultur, Identität und Zusammenhalt mit dem Vaterland“.

„Ich könnte mir vorstellen, das Unterrichtsmaterial zu überarbeiten, sodass sich

die jungen Leute dort wiedererkennen. Wir müssen die deutsche Sprache besser vermarkten“, sagte Lehmann Petersen und empfahl, Sprachlehrer aus Deutschland einzuladen: „Ich will gerne, dass die psychologische Grenze in zehn Jahren weg ist.“

Der Nordschleswiger, 27.10.2004

Schwerer Stand für die Sprache des Nachbarn

Regionalrat beleuchtet die Situation des Dänisch- und Deutschunterrichts im Grenzland

Das Interesse der Schüler steigt, doch es gibt kaum Lehrernachwuchs und zu wenig Geld an den Schulen, um den Bedarf zu decken: Das ist kurz gefasst die Lage des Fachs Dänisch an den allgemeinbildenden Schulen in Deutschland, wie ein Experten-Hearing vor dem Regionalrat Sønderjylland/Schleswig in Pattburg gezeigt hat.

Nach Angaben von Carl F. Tästensen, Dänisch-Beauftragter im Kieler Kultusministerium, ist die Zahl der Dänischschüler südlich der Grenze von 3700 im Schuljahr 1998/99 auf 4500 im letzten Schuljahr gestiegen. Während die Zahl der Grundschulen mit Dänisch als Primärsprache von sechs auf drei zurückgegangen ist, verzeichnet das Fach an den höheren Schulen leichte Zuwächse. An Hauptschulen wird Dänisch selten gelehrt und wenn, dann freiwillig. An 26 Realschulen wird die Sprache des Nachbarn als Alternative zu Französisch ab Klasse 7 unterrichtet, an drei regulären Gymnasien ab Klasse neun oder dem 11. Jahrgang in Konkurrenz mit Französisch, Spanisch, Russisch oder Latein.

Zudem bieten fünf Fachgymnasien Dänischstunden an.

„Dänisch verpflichtend einzuführen“, hält Tästensen für „nicht realisierbar“. Ob eine Schule mit dem Fach Dänisch aufwartet, werde nicht vom Ministerium, sondern von jeder Schule in Eigenverantwortung entschieden. Dort sei es zwar „um die Akzeptanz des Dänischen nicht schlecht bestellt“. Dass sich das trotzdem nicht in einem breiteren Angebot widerspiegelt, erklärte Dieter Brandt, Dänisch-Koordinator am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH) und Lehrer an der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule, mit „Überlegungen schulinterner Art“. Soll heißen: Die Schule wägt ab, ob sie nicht lieber andere, weiter verbreitete Sprachen lehren möchte. Und es geht um die Frage, ob ein Dänischlehrer mit den weiteren Fächern, für die er ausgebildet ist, zu den Bedürfnissen der Schule passt, oder ob die Fächerkombination eines anderen Pädagogen dafür besser geeignet ist.

Für die Zukunft prophezeite Anne-Christel Hack, Landesfachberaterin für Dänisch, selbst bei ausgeprägt gutem Willen einer Schule Schwierigkeiten: „In den

nächsten Jahren gehen etliche Dänisch-Lehrer in Pension, es befinden sich zur Zeit aber nur elf Dänisch-Lehrer in ganz Schleswig- Holstein in der Ausbildung. Damit können wir den Status Quo gerade eben halten.“ Hack regte an, den Kontakt der Dänisch lernenden Schüler zum dänischen Sprachalltag dadurch zu verstärken, dass sie ihr obligatorisches Wirtschaftspraktikum bei Firmen in Sønderjylland machen. Denselben Wunsch in die umgekehrte Richtung formulierte für die dänische Seite der Bürgermeister und damit Schulträger in Broacker, Bjørn Lehmann Petersen. Zwar lernen ihm zufolge immerhin 90 Prozent der Schüler, die in einer zweiten Fremdsprache unterrichtet werden, ab der 7. Klasse Deutsch. Für viele sei nach zwei Jahren aber bereits Schluss. Das Prestige des Deutschen sinke vor allem gegenüber dem Englischen, weil dieses durch Computer, Internet und Satelliten-TV sehr viel dichter am Alltag junger Leute dran sei. Auch sei Lehrmaterial für Deutsch oft „altertümlich“. Petersen forderte den Regionalrat auf, als „Initiativträger“ für ein deutsch-dänisches Praktikumsprogramm in Sønderjylland/Schleswig aktiv zu werden.

Der Nordschleswiger, 30.10.2004

Europarat: Verbesserungen bei Minderheitenschutz möglich

Expertenkommission des Europarats bewertet Umsetzung der Rahmenkonvention in Dänemark

Die Situation der deutschen Minderheit in Dänemark ist – vor allem verglichen mit anderen Ländern – nicht schlecht, aber man kann es immer noch besser machen. Allerdings können andere Länder auch von der Situation in Nordschleswig lernen. So lautete ein erstes kurzes Resümee des Finnlandschweden Gunnar Jansson, der die Expertenkommission des Europarates leitete. Zusammen mit seiner Kollegin Marju Lauristin, Estland, untersucht er die Umsetzung der Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten. Mit dabei auch Mark Neville vom Sekretariat des Europarats. Dänemark wurde 2000 von Experten unter die Lupe genommen. Jetzt erfolgte im Vierjahresrhythmus der nächste Besuch.

Laut Gunnar Jansson ging es gestern in den Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der deutschen Minderheit in Apenrade besonders um die Frage, welche Bedeutung die Kommunalreform für die Minderheit haben wird. „Sie wird das Leben der deutschen Minderheit verändern“, prognostizierte Gunnar Jansson gegenüber unserer Zeitung. Zum anderen ging es um den Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der Minderheiten laut Rahmenkonvention eigentlich möglich sein sollte. Daran hapert es noch in Dänemark. Die deutschsprachigen Nachrichtensendungen, die der Nordschleswiger zweimal täglich via Radio Mojn

aussendet, sind privat finanziert. Es sei „unmöglich zu sagen“, so Jansson, ob der Bericht der Expertenkommission, der im Dezember vorliegen soll, tatsächlich Änderungen bewirkt. Aber seine Erfahrungen haben gezeigt, dass es durchaus langfristig positive Fortschritte gebe. Jansson und sein Team bewerten außer Dänemark auch Ungarn und Zypern. Der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), Hans Heinrich Hansen, begrüßte die sehr konstruktiven Gespräche und wies darauf hin, dass vieles, was die Minderheit betrifft, nicht gesetzlich festgelegt ist. „Das muss sich ändern. Es muss gesetzlich klar sein, dass der Staat für die Minderheit verantwortlich ist“, so Hansen. Durch die Kommunalreform werde „unsere ‚Schutzmauer‘ aufgelöst. Ist die Minderheit dann überall?“, fragte Hansen. Die Kommunalreform macht „uns heimatlos. Es ist wichtig, dass sich der Staat dazu äußert“

Der Nordschleswiger, 2.11.2004

„Schlechte Verbindung“

In diesem Bericht über das Verhältnis zwischen deutscher und amerikanischer Außenpolitik und Diplomatie wird der folgende Beitrag aus dem Grenzland zur Weltpolitik genannt, den wir unseren Leserinnen und Lesern im Rahmen der Umschau nicht vorenthalten wollen:

[...] Auch mit Colin Powell unterhielt Fischer persönlich gute Beziehungen. Als der Amerikaner zwei Monate nach dem Beginn des Irak-Kriegs nach Berlin kam, verwöhnte Fischer ihn mit Wiener Schnitzel und Flensburger Pilsener. Der Ex-General hatte während seiner Militärzeit in Deutschland die altmodischen Bügelverschlüsse lieben gelernt. Anderthalb Jahre brachte Fischer seitdem bei jedem Amerika-Besuch ein paar Kisten Flensburger mit. „Lieferung angekommen“, meldete er Powell am Rande der Beratungen mit Verschwörermeine.“ [...]

Der Spiegel 48, 22.11.2004

BDN-Chef Hansen: Forderung nach Sonderregelungen legitim

„Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass ich den Teufel an die Wand male“, so Hansen unter Hinweis auf die Wortwahl des Zeitungskommentars [in Jydske Vestkysten vom Vortag], in dem es heißt, Hansen gehe zu weit, wenn er von einem zunehmenden Assimilationsdruck gegenüber der Minderheit spricht. „Ich habe immer gesagt, dass die Strukturreform mit neuen Großkommunen und Auflösung des Amtes Nordschleswig nicht durchgeführt wird, um der deutschen Volksgruppe zu schaden. Es sind damit aber negative Konsequenzen für die

Minderheit verbunden“, so Hansen, der die Formulierung im Kommentar scharf zurückweist, er werfe der dänischen Mehrheitsbevölkerung vor, sie verstärke ihre Versuche, die Existenz der deutschen Minderheit in Nordschleswig zunichte zu machen und ein allein dänisches Nordschleswig ohne deutsche Sprache und Kultur anzustreben.

„So etwas habe ich niemals behauptet“, so der BDN-Hauptvorsitzende, der an der Forderung der deutschen Nordschleswiger festhält, auf dem Wege von Sonderregelung auch nach Durchführung der Strukturreform politischen Einfluss und eigenständige politische Vertretungen zu bewahren.

„Es geht bestimmt nicht darum, künstlich einen Konflikt aufzubauen“, so Hansen, der unterstreicht, dass es sehr wohl Sonderregelungen auch für die dänische Minderheit in Südschleswig gebe. Den Tipp von „Jydske Vestkysten“, die Schleswigsche Partei der deutschen Minderheit sollte sich vom SSW inspirieren lassen und sich für die Mehrheitsbevölkerung wählbar machen, empfindet Hansen als unangebracht. Schließlich werde der Einsatz der SP für alle Nordschleswiger, ein gutes Beispiel ist der grenzüberschreitende Rettungshubschrauber, seit langem allgemein anerkannt. Dabei gelte aber weiter der Unterschied, dass es in der deutschen Mehrheitsbevölkerung südlich der Grenze nicht die Ressentiments gegenüber dem Dänischen gebe wie umgekehrt bei den Dänen nördlich der Grenze gegenüber dem Deutschen.

Der Nordschleswiger, 23.11.2004

Sonderregeln erleichtern politische Vertretung deutscher Minderheit
Gesetzesentwurf zur Kommunalreform: Für Volksgruppe Abgeordnete ohne Stimme und Ausschüsse

Auch für den Fall, dass in den neuen Großkommunen die Stimmzahl für ein reguläres Stadtratmandat nicht ausreicht, wird im Gesetzesentwurf für die deutsche Minderheit eine Sonderregelung geschaffen: Die Minderheit kann dort Abgeordnete ohne Stimmrecht in den Stadtrat entsenden, wo sie nicht genügend Stimmen für ein Mandat aufbringen kann. Erforderlich ist dabei, dass die SP mindestens 25 Prozent der Stimmen bekommt, die zur Erlangung des „billigsten“ Mandates notwendig sind. Der Abgeordnete der Minderheit hat abgesehen vom fehlenden Stimmrecht weitgehende Rechte bei der Einsicht in kommunale Akten, bekommt ein Vorschlags- und Rederecht bei den Sitzungen des Stadtrates und erhält eine Aufwandsentschädigung wie die übrigen Stadtratsmitglieder. Eingehend wird festgelegt, dass dieser Abgeordnete wegen des fehlenden Stimmrechtes nicht im Maße wie „richtige“ Stadtratsmitglieder juristisch belangt werden kann.

Der Gesetzesentwurf enthält auch Vorkehrungen für eine Berücksichtigung der deutschen Minderheit in den Kommunen, in denen die Stimmen der SP nicht ausreichen, um einen Abgeordneten ohne Stimmrecht in den Stadtrat zu entsenden. Hat die deutsche Minderheit bei früheren Wahlen zehn Prozent der Stimmen zur Erlangung eines eigenen Mandates erhalten, dann ist es obligatorisch, dass die neuen Kommunen im derzeitigen Nordschleswig einen besonderen Ausschuss mit dem Bürgermeister an der Spitze einrichten, der sich vorbereitend und beratend mit Angelegenheiten befasst, die im Rahmen der Stadtratsaufgaben die deutsche Minderheit betreffen. U.a. hat der Ausschuss das Recht, Erklärungen abzugeben, deren Inhalt der Bürgermeister dem Stadtrat und den kommunalen Verwaltungen zu übermitteln hat.

In den Bemerkungen zu den Paragraphen und Bestimmungen mit Relevanz für die deutsche Minderheit werden eindeutige Begründungen für die Sonderregelungen geliefert. U.a. heißt es: „So weit es Nordschleswig (Sønderjylland) betrifft, kommen besondere, historisch begründete Verhältnisse zur Geltung. Der besondere, historisch bedingte Status der Minderheit bedingt, dass besondere Rücksichtnahme auf die Möglichkeit der Minderheit zu nehmen ist, um in gewissen nordschleswigschen Kommunen eine Vertretung im Kommunalparlament zu erlangen. Es ist nach Auffassung der Regierung wichtig, die Möglichkeit zu sichern, dass die Minderheit weiterhin lokalpolitisch einbezogen wird.“

Ein wichtiger Passus ist im Gesetzesentwurf die Festlegung, dass die Sonderregelungen für die deutsche Minderheit zunächst nur bei den Wahlen am 15. November 2005 zur Anwendung kommen. Es heißt dann aber auch, dass von der Vorschrift, aus Rücksichtnahme auf die deutsche Minderheit müsse die Zahl der Stadtratsmitglieder 31 betragen, in der Legislaturperiode abgewichen werden kann, wenn es der deutschen Minderheit dort 2005 und 2009 nicht gelungen ist, ein Kommunalratsmitglied mit vollem Stimmrecht zu entsenden. Im Gesetzesentwurf ist festgeschrieben, dass die Festlegung der Regelungen zugunsten der deutschen Minderheit hinsichtlich Zahl der Stadtratsmitglieder und bezüglich der Abgeordneten ohne Stimmrecht durch das Innen- und Gesundheitsministerium erfolgt.

Der Nordschleswiger, 2.12.2004

Über die Grenze: Berufsschulen als Vorreiter

Als „Multiplikatoren“, die vorbildlich Einsatz und Flexibilität in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beweisen, hat Landrat Dr. Jörg Kamischke, Kreis Schleswig-Flensburg, das 1998 gegründete Netzwerk der

beruflichen Schulen in der Region Sønderjylland/Schleswig bezeichnet.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Dänen ist Teil eines Interreg-III-Projektes, das – zu 50 Prozent von der EU finanziert, rund 5,78 Millionen Kronen kostet. „Dabei geht es nicht nur darum, kulturelle und sprachliche Barrieren abzubauen. Ziel ist vor allem, die Mobilität des regionalen Arbeitsmarktes zu erhöhen“, sagte der frühere Direktor von EUC Syd, Svend Aage Olsen, der auf dänischer Seite die Hauptverantwortung für die Projekte trägt.

„Wer, wenn nicht die beruflichen Schulen, müssen die hier bestehenden Barrieren in sprachlicher, kultureller und administrativer Hinsicht abbauen können, damit bei jungen Menschen auch eine berufliche Perspektive in unserer Region entwickelt werden kann“, sagte der deutsche Projektverantwortliche, Bernd Börensen, von der Handelslehranstalt (HLA) Flensburg auf der gemeinsamen Konferenz der Berufsschulen im Hotel Benniksgaard in Rinkenis. Betont wurde, das grenzüberschreitende Projekt dokumentiere die Bereitschaft der Schulen, eine Vorreiter-Rolle im Grenzland zu übernehmen.

Gerade vor diesem Hintergrund bedauerte Börensen, dass trotz mehrfacher Einladung der schleswig-holsteinische Landtag kein Interesse an der Konferenz gezeigt habe, auf der die beteiligten Schulen den Teilnehmern an Informationsständen ihre spannenden grenzüberschreitenden Projekte präsentierten.

Beteiligt sind an dem grenzüberschreitenden Projekt die Handelsschulen in Tondern, Sonderburg und Mommark, das Seminar in Apenrade und auch das nordschleswigsche Berufsschulenzentrum EUC Syd in Sonderburg. Auf deutscher Seite beteiligen sich die beruflichen Schulen in Husum, Niebüll und Schleswig sowie aus Flensburg die Hannah-Arendt Schule, die Gewerbliche Berufsschule und die Handelslehranstalt Flensburg.

Flensburger Tageblatt, 2.12.2004

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Dänemarks zweitgrößte Kommune im Werden

Der Nordschleswiger, 9.9.2004

Nachdem sich zunächst die Entstehung einer über die Königsau hinausgehenden Westküstenkommune abgezeichnet hatte, haben sich Scherrebek und das zunächst eher nach Norden und Osten neigende Norderrangstrup für ein Zusammengehen mit Hoyer, Tondern, Bredebro und Lügumkloster

ausgesprochen. Eine solche Kommune würde 1300 km² und 41.000 Einwohner umfassen. Nachdem auch die „GRS“-Kommune (siehe Bericht vom 26.8.), die Alsen-Sundewitt-Kommune und der Zusammenschluss Hadersleben-Woyens-Gramm sowie der „Abgang“ von Rödning und Christiansfeld nach Norden praktisch beschlossene Sache geworden sind, hat sich bei Redaktionsschluss nur Gravenstein noch nicht entschieden. Die Gemeinde an der Flensburger Förde (7000 Einwohner) wehrt sich bislang gegen jede Zusammenlegung.

Die Fahnen hängen am seidenen Faden

Flensburg Avis, 16.9.2004

Nach der Öffnung der deutsch-dänischen Grenze am 25. März 2001 hatte „Foreningen Norden“ die Finanzierung der Beflaggung der dänischen Grenzübergänge übernommen, die für viele Dänen eine große emotionale Rolle spielt. Das Auf- und Herunterziehen der dänischen und zusätzlich der Fahnen der übrigen skandinavischen Staaten erfolgt nach den bekanntermaßen strengen dänischen Regeln. Dies kann der Kulturverein, der sich für die Zusammenarbeit zwischen den fünf Ländern einsetzt, nun nicht mehr tragen, da einer seiner Hauptsponsoren abgesprungen ist. Wenn keine andere Lösung gefunden wird, ist ab 1. April endgültig Schluss mit der Beflaggung der Grenzübergänge, die auf deutscher Seite schon seit 2001 nicht mehr stattfindet.

Deutsche wollen den Kollunder Wald nicht hergeben

Jydske Vestkysten, 17.9.2004

Der Flensburger Verschönerungsverein kämpft gegen den geplanten Verkauf des noch immer zur Stadt Flensburg gehörenden Kollunder Waldes an den dänischen Staat. Man fürchtet unter anderem eine Preisgabe eines Teils des Waldes für Neubauten, nachdem der Ort am Nordufer der Förde in den letzten Jahren bereits stark bebaut worden ist.

Fall Jensen schreibt Justiz-Geschichte

Der Nordschleswiger, 22.9.2004

Nachdem auch Deutschland das Abkommen über den europäischen Haftbefehl ratifiziert hat, können eigene Staatsbürger nun auch an andere EU-Staaten ausgeliefert werden, wenn sie dort strafrechtlich gesucht werden. Dieses Prinzip wurde nun erstmals bei einem dänischen Staatsbürger angewandt, der wegen des Raubüberfalls auf den Grenzhandelskaufmann Kay Uwe Jensen im März 2004 angeklagt ist und nun den Flensburger Gerichtsbehörden überstellt werden

konnte.

Urstromtal in neuen Kleidern

Flensburg Avis, 29.9.2004

Seit Juli ist ein grenzüberschreitendes Renaturierungsprojekt in Gang, mit dem das Tal der Krusau zwischen Flensburger Förde und Südermoor bei Pattburg zu einem großflächigen Naturschutz- und Erholungsgebiet gestaltet wird. Die Verantwortlichen auf beiden Seiten zeigen sich mit der Zusammenarbeit und dem bisher Erreichten sehr zufrieden. Das Projekt in dem landschaftlich außerordentlich attraktiven und seit der Grenzöffnung 2001 wieder leicht zugänglichen Areal ist auf drei Jahre angesetzt.

Mit Pauschal-Angeboten zum Profil

Flensburger Tageblatt, 9.10.2004

Die Anliegergemeinden auf beiden Seiten der Flensburger Förde wollen die Flensburger Förde künftig als eine Tourismus-Region vermarkten.

Neuer Versuch zur Rettung einer deutsch-dänischen Touristen-Attraktion

Flensburg Avis, 19.10.2004

Nachdem das Überleben der Angelbahn schon häufiger in Frage gestellt wurde und nun auch noch die DB den Mietvertrag für die Remise des ehemaligen Betriebswerks, wo die Museumsfahrzeuge untergebracht sind, gekündigt hat, erwägt die kleine Gesellschaft nun den Umzug nach Pattburg. Zugleich beklagt der Geschäftsführer Torwald Peters, dass es zwar viele Ideen für grenzüberschreitende Tourismus-Konzepte gibt, bislang aber wenig davon in die Tat umgesetzt wird.

Schulverein muss 70 Prozent selbst tragen

Flensburg Avis, 19.10.2004

Das Vorhaben der CDU im Kreis Schleswig-Flensburg, die Zuschüsse für den Transport der dänischen Schulkinder deutlich zu kürzen, sorgt für Aufregung bei der Minderheit, deren Schulverein noch höhere Kosten auf sich zukommen sieht.

Ziegeleimuseum gerettet

Jydske Vestkysten, 20.10.2004

Nach dem Ausstieg der Kommune Gravenstein aus der Finanzierung des Ziegeleimuseums Catharinesminde, unter anderem Herzstück des grenzüberschreitenden „Industriemuseums Schleswig“ (siehe GFH 2/2004), war die Existenz der Einrichtung bedroht. Dank Budget-Erhöhungen bei den anderen beteiligten Kommunen und neuen Beiträgen aus den bisher nicht beteiligten Kommunen Norburg und Südalzen konnte die Schließung einer großen Attraktion des schleswigschen Grenzlands verhindert werden.

Slalom zwischen den Grenzgebäuden

Flensburg Avis, 20.10.2004

Die seit dreieinhalb Jahren leerstehenden deutschen Grenzgebäude bei Kupfermühle wurden nun abgerissen. Zu Verkehrsbehinderungen kam es nur kurzzeitig, als die die Straße überbrückenden Schildträger demontiert wurden. Die dänischen Grenzbauten sollen in absehbarer Zeit folgen.

Kleine Gemeinden in einer Sackgasse

Flensburg Avis, 23.10.2004

Angesichts der bevorstehenden Zusammenlegung der ohnehin schon großen Kommunen in Dänemark werden immer mehr Forderungen laut, auch südlich der Grenze eine Kommunalreform anzusteuern. Bei der deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz sprachen sich mehrere Verwaltungschefs dänischer Grenzkommunen direkt für eine solche aus, damit auch auf diesem Wege die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorankommt. „Wir sitzen auf beiden Seiten in einer Sackgasse, wir sitzen jeweils am Fußende unseres Landes, wir bedürfen der gegenseitigen Stärkung, und wir brauchen Flensburg als regionale Lokomotive“, fasste der Sonderburger Bürgermeister A. P. Hansen die Forderungen zusammen.

Friesische Ortsnamen werden in Straßenkarten aufgenommen

Flensburg Avis, 23.10.2004

Einige der größten europäischen Verlage haben zugesagt, künftig auch die friesischen Ortsnamen auf den Straßenkarten erscheinen zu lassen. Die Nennung zweier Namen ist für viele Regionen bereits üblich (z.B. Irland, Teile Finnlands, Baskenland u.a.). Nachdem die Kultusminister-Konferenz bereits im Jahre 2000 den Antrag Sachsens angenommen hat, sorbische Ortsnamen neben den deutschen in die Schulatlanten aufzunehmen, will Schleswig-Holstein nun entsprechendes für die friesischen Namen beantragen.

Die Grenze ist ein Hindernis

Flensburg Avis, 26.10.2004

Kurier-Unternehmer Mogens Rosenberg beklagt, dass man in Bezug auf die Grenze noch immer viel zu sehr dem Gewohnheitsdenken verhaftet ist, statt die „historische Chance“ zu nutzen, die beiden Landesteile wieder enger miteinander zu verknüpfen.

Mit „Hallo Region“ lernen und entdecken

Flensburger Tageblatt, 28.10.2004

Unter dem Dach der Region Sønderjylland/Schleswig haben der Leiter der nordschleswigschen Amtszentrale für Unterrichtsmaterial Jens Juelgaard Larsen und die Dänischlehrerin Nicole Steffens zweisprachiges Material über das Grenzland zusammengestellt, das künftig im Schulunterricht Verwendung finden soll und das im Internet unter der Adresse: www.halloregion.com zu finden ist.

Grenzhandel künftig mit freier Sortimentswahl

Der Nordschleswiger, 29.10.2004

Nachdem die Abgaben auf Tabak und Spirituosen in Dänemark gesenkt worden sind und der Grenzhandel dadurch Einbußen erfahren hat, erlaubt das Land nun die Ausweitung des Sortiments in den Grenzmärkten auch auf Haushaltsgeräte, Unterhaltungs- und Informations-Elektronik und anderes.

Zwei Wünsche: Deutsch bei dänischen Behörden und Deutsch im Radio

Der Nordschleswiger, 29.10.2004

Beim traditionellen „Frokost“ der Minderheit im Folketing sprach sich Jes Jepsen vom BdN dafür aus, dass künftig auch deutschsprachige Dokumente bei dänischen Behörden in Nordschleswig vorgelegt werden können und dass es deutsche Sendungen im regionalen öffentlich-rechtlichen Radioprogramm geben sollte. Er regte die gemeinschaftliche Entwicklung eines Konzepts an, mit dem die Anwendung der deutschen Sprache in Nordschleswig gefördert werden könnte.

Kulturprogramm sucht deutschen Partner

Flensburger Tageblatt, 2.11.2004

Für das Internet-Portal der Grenzregion (s. GFH 2/2004, S. 149), das sämtliche Angebote der Region bündeln soll, wird eine deutsche Institution gesucht, die mit der Projektleitung an der Apenrader Landesbibliothek Zusammenarbeiten möchte.

Englisch bremst Dänisch aus

Flensburg Avis, 4.11.2004

Eine Untersuchungskommission räumt dem geplanten Versuch, die Sprachkompetenz südlich der Grenze zu verbessern, indem in Kindergärten einzelne Pädagogen künftig Dänisch mit den Kindern sprechen, wenig Chancen auf Erfolg ein, wenn die Entwicklung der Sprachkompetenz nicht in der Grundschule mit mindestens zwei Wochenstunden Dänisch fortgesetzt wird. Da nun landesweit Englisch-Unterricht ab der dritten Klasse obligatorisch wird, scheint es wenig Chancen dafür zu geben, für ein entsprechendes Angebot Platz im Stundenplan zu finden.

Flensburg kam gut durch

Jydske Vestkysten, 8.11.2004

Mit dem Champions-League-Spiel gegen den slowakischen Meister Tatra Presov bestritten die Handballer der SG Flensburg-Handewitt erstmals ein Heim-Pflichtspiel nördlich der Grenze. Da die großen Hallen in Flensburg an diesem Tag besetzt waren, wick man ins Haderslebener Sportzentrum aus. Zwar waren einige übergeordnete Sportfunktionäre zunächst gegen diese Lösung, weil sie angeblich dem Quasi-Länderspielcharakter der Begegnung nicht Rechnung trüge. Dieses Argument konnte jedoch mit dem Verweis darauf, dass sich finanzschwache Vereine ihr Heimrecht im internationalen Wettbewerb nicht selten vom Gegner abkaufen lassen und beide Spiele dann an einem Ort stattfinden, vom Tisch gewischt werden. Dieser grenzüberschreitende Erfolg ist umso erfreulicher, nachdem der dänische Handballverband im vergangenen Jahr ein Ausweichen der (inzwischen wieder aus der ersten Liga abgestiegenen) Apenrader Handballdamen in die Flensburger Campushalle unterbunden hatte (Siehe dazu GFH 2/2003, S. 132).

Mitglied der Kommission: Strukturreform ist Machwerk

Der Nordschleswiger, 9.11.2004

Nachdem Proteste gegen die geplante Zentralisierung der dänischen Lokal- und Regionalverwaltung bislang hauptsächlich von Seiten der deutschen Minderheit kamen, die zu Recht um ihre künftige politische Beteiligung fürchtet, hat nun erstmals ein Mitglied der seinerzeit hierfür eingesetzten Strukturkommission seine Bestürzung über die konkreten Pläne geäußert. Der Wirtschaftsexperte Erik Bonnerup hatte als unabhängiger Experte an dieser teilgenommen. Seiner Meinung nach baue die Reform auf einer viel zu knappen Vorbereitung, und die Regierung habe viele Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Kommission

getroffen. Es ist bemerkenswert, dass die seit über zwei Jahren laufende Diskussion über die weitere Zentralisierung der administrativen Strukturen zwar lebhaft über das „Wie“ geführt wird (namentlich über die konkreten Zusammenlegungen von Kommunen), der Sinn der Reform in der Regel aber nicht in Frage gestellt wird.

„Minderheitenförderung ist Daseinsfürsorge“

Der Nordschleswiger, 9.11.2004

Beim diesjährigen „Deutschen Tag“ in Tingleff kritisierte Landtagspräsident Heinz Werner Arens, dass von Seiten der dänischen Regierung noch immer nichts Konkretes unternommen worden ist, um die Befürchtungen zu zerstreuen, dass die kommende Strukturreform die Identität und Mitwirkung der deutschen Nordschleswiger schwächen werde. Arens verdeutlichte, dass die Unterstützung der Minderheiten im Grenzland für beide Länder unverzichtbar ist, und wird mit den Worten zitiert: „Die jeweils grenzüberschreitende Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark und der dänischen Minderheit in Deutschland sind der Daseinsvorsorge zuzurechnen.“ Für Unmut bei vielen Teilnehmern sorgte hingegen die Festrede des Historikers Arnulf Baring, der u.a. eine „übertrieben gehandhabte Vergangenheitsbewältigung“ als einen Grund für die fortgesetzte Krise in Deutschland ausmachen wollte.

Historischer Tag für die Friesen

Flensburg Avis, 12.11.2004

Ein neues Landesgesetz sichert der friesischen Volksgruppe die volle Gleichberechtigung ihrer Sprache in allen Amtshandlungen auf kommunaler Ebene zu. Über die Sprachencharta hinaus wird es daher ermöglicht, sämtlichen kommunalen Behördenverkehr auch auf Friesisch zu führen und auch bei Gemeinderatsversammlungen die friesische Sprache zu gebrauchen. Mit dem Gesetz wird ohne Zweifel ein neues Kapitel bei der Minderheitenförderung des Landes aufgeschlagen.

Für Versöhnung und gegen das Vergessen

Nordfriesland Tageblatt, 15.11.2004

Zum diesjährigen Volkstrauertag mahnten Landtagspräsident Heinz Werner Arens und Bischof Hans Christian Knuth bei der Gedenkfeier in Ladelund, dass die Geschichte niemals vergessen werden darf. Zahlreiche Angehörige der KZ-Opfer nahmen an der Veranstaltung teil, vor allem aus dem niederländischen Putten,

das im Zuge einer „Vergeltungsaktion“ der deutschen Wehrmacht im Oktober 1944 niedergebrannt wurde und dessen männliche Bewohner ins KZ Ladelund verschleppt wurden, wo viele von ihnen nach kurzer Zeit ums Leben kamen. Zur Zeit werden Spenden für den Ausbau des Dokumentationszentrums der Gedenkstätte gesammelt.

Ehrendoktorwürde für Gerhard Hoch

Flensburger Tageblatt, 17.11.2004

Die Universität Flensburg hat dem Bibliothekar und früheren Mitarbeiter der GFH Gerhard Hoch (79) aus Alveslohe für seine Forschungsarbeit zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein den Titel eines Doktor honoris causa verliehen.

Verfassungsgericht weist Klage über SSW-Status zurück

Flensburg Avis, 23.11.2004

Die Klage einiger CDU-Mitglieder gegen die seit 1955 bestehende Befreiung des SSW von der 5 %-Sperrklausel wurde durch das Bundesverfassungsgericht abgewiesen, nachdem das unentschiedene Oberverwaltungsgericht in Schleswig die Angelegenheit nach Karlsruhe weitergeleitet hatte. Durch das seit 2000 gültige Landeswahlgesetz, nach dem analog zur Bundestagswahl die Erststimme für den lokalen Direktkandidaten, die Zweitstimme aber für eine landesweit einheitliche Parteiliste abgegeben wird, ist die Partei der dänischen Minderheit auch in Holstein wählbar geworden – und erzielte im südlichen Landesteil nicht wenige Zweistimmen. Der SSW will jedoch auch 2005 weiterhin nur im nördlichen Landesteil Direktkandidaten aufstellen. Der Wählerverband hatte sich übrigens seinerzeit gegen das neue Wahlgesetz ausgesprochen.

Deutschland hat kein Geld mehr für dänische KZ-Opfer

Jydske Vestkysten, 29.11.2004

Die Meldung, dass in dem erst 55 Jahre nach Kriegsende von Bundesregierung und deutscher Industrie angelegten Fonds „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zur Zeit nicht genügend Geld sei, um unter anderem den über 700 anerkannten noch lebenden dänischen Opfern von KZ-Haft und Zwangsarbeit die zustehende „Entschädigung“ auszuzahlen, stieß auf Unverständnis. Stirbt der Entschädigungsberechtigte, haben die Angehörigen nur noch Anspruch auf einen Bruchteil der Summe.

Auswahl, Anmerkungen und Übersetzungen: Gerret Liebing Schlaber